

Genußscheine und alternative Beteiligungen

I. Erstes Konzept ab dem 17.10.08

1. Reinschrift der Notizen vom 05.10.08

1.1. Allgemeine Axiomatik

a)

(hier nicht dargestellt)

b)

Aspekt der oder einer begleitenden oder endgültigen Datenbank zu allem und ihrer Form.

c)

Aspekte der Selbstorganisation und Selbstfortpflanzung aus einem guten Ansatz heraus. Auch vielfältige Transfigurationen bis hin zu Anleihen oder Einflußnahmen in künstlerische Bereiche (und Rückbezüge daraus). Schaukelfunktionen. Mögliche Einflußnahme in politische Bereiche durch ein Basissystem, das modular fortpflanzungsfähig und zukunftsfähig ist. Auf die Art (und weil es erfolgreich ist) die bestehenden Gesellschaftsordnungen und Wirtschaftssysteme friedlich aber effektiv reformieren kann.

1.2. Konkrete Axiomatik

a)

Genußscheinmodelle als wirkende Ausgangslage, konkreter Aha-Effekt und Gedankenanstoß.

Dies im oder als Kern. Als Türöffner zu eigener Aktion und Türöffner für das vernetzte weitere System an Interessenten oder Ideen.

Vielfältige Assoziation außen herum. Ordnen der Ideen, Stoffsammlung. Notizen über vorhandene Netzwerke.

Bildung eines Aktionskonzeptes für baldige Gestaltung.

Aber auch eines mehr bibliophilen Konzeptes, in der Art eines Manuskriptes für ein mögliches Buch.

b)

Verortung von Interessentenkreisen. Produzenten als vorhandene Urproduktionsstätten.

Nachfrager/ Beteiligter als vorhandene Abnehmer von überlebensnotwendigen Produkten (und mehr).

Sukzessive Beschreibung und Bearbeitung aller praktisch interessanten Modelle.

Fälle, Typen.

Genußscheine als Ausgangspunkt und einfacher praktischer Typus.

Abwandlungen davon, Weiterentwicklungen.

c)

Produzenten seien in erster Linie Urproduzenten

Zum Beispiel mit Kartoffeln. Aber auch mit Holz, Energie, Wasser, ev. Land. Daraus sind möglicherweise Schaltstellen oder Bausteine, Anknüpfungsstellen ableitbar. Es wäre auch möglich, die Parteien und Produkte mit Attributen zu versehen, um die Sache bewertbar zu machen oder in ein Modellsystem überzuführen.

d)

Nachfrager sind vor allem die bisherigen Verbraucher der Güter. Zunächst angedacht als private Haushalte. Es ist aber auch ein Transport des Systems in weitere Kreise denkbar.

Das System wäre in erster Linie Allokationsmodell?

Anspruchsvoll: Im weiteren Verlauf mit zunehmender Ausblendung des Groß- und Zwischenhandels. Den Weg zurück in der Historie der Marktentwicklung – einerseits – hin zu einem von dort aus verbesserten Modell andererseits.

Ausgangsvoraussetzung: Noch-Verfügbarkeit eines allgemeinen Finanzsystems, grundsätzlicher Wohlstand(?), finanzierbare/darstellbare Teilhabemöglichkeiten.

Daraus folgend dann: Rückführung und „Verflüssigung“ zu einem ursprünglichen einfachen Tauschsystem. Um Möglichkeiten zu schaffen, aus dem bestehenden Geldsystem heraus zu kommen. Jedenfalls in nicht unerheblicher Weise.

Dies auch als Absicherung für den Fall eines totalen Crashes bzw. Notzeiten. Es genügt nicht, etwas auf der Bank zu haben. Sogar der Goldbarren wird nicht genügen. Auch nicht die (dann eventuell unbeheizbare) bloße Immobilie. Gibt es ein entsprechendes Prinzip in der Natur? (-- >)

Ausrichtung vielleicht am Permakulturgerdanken. Jedenfalls Subsistenzwirtschaft als ein wesentliches Standbein. Für die, die dazu keine Möglichkeit haben, Teilhabe daran über eine Anfangsinvestition bzw. ein Beteiligungsmodell, das es ihnen erlaubt, vorhandene Finanz- oder Dienstleistungspositionen einzuwechseln gegen einfache Lebenshaltung. Dies als Basis. Bei Funktionieren könnte eine Wohlfunktionsfunktion ausgebaut werden.

Wir erkennen eine Phase größter Durchmischung und Verfügbarmachung, mit All-Allokation, globalem vollen Geldsystem. Darauf folgend möglicherweise eine Phase der Neuordnung mit neuen Elementen, neuen Gruppierungen und Interessen.

Dies ist scheinbar aktuell anstehend.

Wir erkennen auch die aktuellen Erschütterungen und Sinnfragen. Auch den Rettungswillen. Im Globalen, aber auch für privates und regionales Potential.

Der Nachfrager scheint dies auch mehr und mehr zu begreifen.

e)

Mittelspersonen und Netzwerke.

Mittelspersonen sind zunächst alle Beteiligten selbst, inklusive ihres vorhandenen Umfelds. Aber auch bestehende progressive Netzwerke bzw. solche aus der alternativen und Bio-Szene.

Als Organisations- und Angelpunkte bieten sich auch passende Zusammenschlüsse an, wie Genossenschaften. Vorhandene oder mit Zielansprache zu Gründende.

Dazu sind Adresssammlungen zu verwerten und anzulegen.

f)

Idealismen und Prüfsteine des Gesamtkonzepts:

Selbstläufercharakter, Verbreitbarkeit, Abwandelbarkeit, Selbstreferenz und

Ursprungsstabilität (inklusive der Referenz auf mich...), Aushebelung negativer Aspekte von kapitalistischen und kommunistischen Systemen.

1.3

Formalia und auszuarbeitende Stellen:

Typische Interessenlage(n), typische Bereitstellungssituation, typische Vertragslage und Vertrag, typische Schwachstellen, markante Anknüpfungs- und Erweiterungsstellen – idealerweise in Anlehnung an erstellte Attribute.

Schaffung von Funktionsbündeln und Eruierung von Strukturlagen. Deren gute

Beantwortung und Anreagierbarkeit.

Aufarbeitung in Paketen(?)

Mögliche Fragen der Partner beantworten, als da sein könnten:

Erweiterbarkeit, Verzicht auf Geld, Finanzkrise, Rohstoffprobleme, Wasser, Sonne, Energie, Grundbesitz, Allmende. Lokale Frage – mögliche Verbundcharakteristik und Überörtlichkeit, Ersatzsystem auf Basis von Teilhabe oder Tauschwährung.

Erarbeitung eines Prospekts.

Darstellung von Vorzügen und Nachteilen.

Begleitung durch statistische Aussagen und globale Daten. Wachstum, Verbrauch, Grundbedürfnisse, nötige Subsistenzgrößen.

Literaturstellen, Links, Verweise auf vorhandene Projekte, vorhandene Vertragsmuster.

Möglichkeiten mitzumachen, Franchising, Provisionen.

2. Übertrag der Zusatznotizen ab Mitte Oktober 2008

Bandbreite der Partizipationskonzepte/ Gemeinschaftskonzepte

- Kommunismus, LPG, Kibbuz, Kommune, - Genossenschaft - CSA-Konzepte

("aktive/passive Landwirte" u.a.) -

- schrittweise Hereinnahme des Investors oder Nachfragers in den Bestand der Produktion, Betriebsmittel und Betriebsstätte, Eigentum -

- Verwandtheit zu anderen Konzepten und eventuell deren Bausteincharakter aller untereinander - Tauschkonzepte,

– Pragmatik versus ideologische Unterlagerungen.

–

Regionale Bindung und Verankerung der Nachfrager zur Produktion.

- einfache Konzepte mit eventuell beschränktem Wirkungsgrad versus überregionale Netzwerke oder Bausteine/ Ausbaustufen.

Möglicherweise ist der Genossenschaftsgedanke eine passende Form, aber erst wenn/bei Überregionalität, stärkerer Ausbaustufe oder sonstigen internen Allokationsverbesserungsmustern.

Allgemeine Semantik des Konzepts: Nähe zu anderen Ideen/ Kraftbezug daraus:

Permakultur Holzer.

Kleinhofkonzept Hirschfeld

Krautgärten - ev. Schrebergärten. Ev. Thelottviertel

Antikapitalistisches Konzept; Genossenschaft;

Selbstversorgung; Subsistenzwirtschaft

Andere soziale Gedanken und Konzepte

Vertragsmodelle mit Öffnungen an gestaltbaren Variantenstellen.

Beispiele für bekannte Verträge
Alternativen von Beteiligungen oder Finanzierungen
Steuerliche Komponente
Kündigung
Zinsvarianten
Problem der Ortsnähe
Fragen der Verlässlichkeit des Produzenten
Fragen der Produktvarianz/ Wahlmöglichkeit
Möglichkeit des Ersatzes von Ansprüchen in Dienstleistung/ Arbeit bei Ausfall.
Einbindung der weiteren Beteiligungsmodelle; Darstellung der Beteiligungsformen

Beispiele für bekannte Genußscheinkonzepte aus der LaWi oder Handel mit Kundennähe
Beispiele für gute Genossenschaftskonzepte
Kombinationsmöglichkeiten von GS und Genossenschaft

Begriffsliste

Genossenschaft
Genußschein
Permakultur
Autark
Selbstversorgung
Bioregionalismus (Skript)
Öko-Fairneß (Literatur, Forum)
Faires Handeln (aus dreigliederung.de: Existenzsicherndes Einkommen/Festlegung der Preise unabhängig von den Weltmärkten; Langfristige Verträge/Investitionen leichter möglich; Vorauszahlungen; Kein Zwischenhandel)
Weiteres wie Argumentationsliste
Kleinsthof

Argumentationsliste

Öko-Fairneß
Regionalität/ regionaler Zusammenhalt
Selbstversorgung/ Unabhängigkeit
Krisensicherheit
Nachhaltigkeit/ Allgemeine Sicherung der Lebensbasis
Soziale Stabilität/ Arbeitssicherung und Kulturerhalt
Risikominderung und Verlässlichkeit auf turbulenten Märkten (für Verbraucher und Produzenten)

Link-, Adreßdatenbank

Als Datenbank der vorhandenen Netzwerke der Produzenten/ Firmen/ Kunden//
Für Entwürfe von Prospekten, Werbeaktionen//
Als Verteiler- und Weiterverbreitungsstationen //

Vorhandene Hofländen in der Gegend;
Vorhandene Direktanbeiter (Imker, Streuobst, Winzer, Fischzüchter, u.ä);
Mandantenselektion und Weitervernetzung von dort;
Botanischer Garten;
Kindergärten;
Schulen;
Kondorei/ Fa. Schenk ?;
Gaststätten jeder Art für deren Verbrauch und Weiterverbreitung;
Attac;
Verbände von Demeter etc,
Greenpeace;
Genossenschaftsstellen;

II. Ausgeführtes Konzept ab 2009

1. Kombinationstableau

a) Nahrung

Komponenten:

Produzenten – Boden – Verbraucher

vollautark / selbstversorgend

Boden gehört dem Wirtschaftler, Verbrauch beim Wirtschaftler

 In der gedachten Ausgangsform als Einzelwirtschaftler

 In einer möglichen Endform im Rahmen eines auf eine gemeinsam vor Ort wirtschaftende Gruppe zusammenschmolzenen Beteiligungskonzeptes (Lebenskonzept/ Selbstversorgung).

bodenautark/ verkaufend

Boden gehört dem Wirtschaftler, Verbrauch beim Externen

 Externer kauft nach Bedarf (Hofladenprinzip)

 Externer kauft Kontingente (Gemüsekistenabo, Genußscheine, CSA als Jahreskontingent)

bodenabhängig/ verkaufend

Boden gehört dem Wirtschaftler nicht

 Boden gehört ihm formal, ist aber finanziert

 Boden ist von anderen gepachtet (von beteiligten oder unbeteiligten Externen)

 Boden ist nicht einmal gepachtet („Externe“ sind Interne und stellen dem Wirtschaftler Boden und Umstände bei sich zur Verfügung, zB über Arbeitsvertrag o.ä.)

Wirtschaftseinheit kann schon vorhanden sein (oben)

**Wirtschaftseinheit wird von Einzelnen oder Gruppen erst gegründet
(finanzierender Zusammenschluß; Genossenschaft; o.ä.)**

b) Dienstleistungen, Erweiterungskonzepte

Das ist interessant, aber bis auf Weiteres offen.

2. Vertragsentwürfe

Einzelne im Web angesprochene oder vorgestellte Verträge sind in der Hauptlinkdatei mit Stichwort „Vertrag“ gespeichert.

In Erscheinung treten vor allem die Projektdarstellungen unter 5. Meist wird dort ein Genußscheinskonzept angeboten oder CSA als Produktionsübernahme bzw. Komplettproduktion für die Investoren auf Geld. Genußrechtskonzepte nennen sich zumeist „Kuh-Aktie“ oder ähnlich.

Auszuspärende Probleme bei allen Vertragskonzepten sind:

Wer als Agitator auftritt könnte als Makler (Immobilien u.o. Finanzen) eingestuft werden. Dafür sind jedenfalls besondere Erlaubnisse nötig.

Vermögensbeteiligungen kollidieren je nach Ausgestaltung mit Vorschriften des Kreditwesengesetzes, wonach offenbar verlustunbeteiligte (zinsähnliche/ ausfallsichere) Beteiligungen pro Vermögensnehmer nur bis zu einer schmalen Obergrenze aufgenommen werden dürfen. Darüber hinaus sind kostspielige und kaum zu erbringenden Genehmigungen nach dem Kreditwesengesetz erforderlich. Beteiligungen mit potentieller Verlustbeteiligung (und Ausfallrisiko) sind komischwerweise offenbar genehmigungslos streubar.

Hier ausgespart und andernorts gesondert dargestellt sind einzelne Probleme bei möglichen Verträgen. Rechts- und Buchhaltungsfragen.

3. Einzelne Beispiele aus der Praxis (egal welches Konzept)

Demeterhof Hiß

Andrea und Christian Hiss bauten auf ihrem Gemüsebaubetrieb mit Tierhaltung am Kaiserstuhl einen neuen Kuhstall. Dafür suchten sie stille Beteiligungen ab 2.500 EUR und vergaben Genussrechte in Höhe von 500 EUR. Die stillen Beteiligungen werden in der Regel mit 3% p. a. verzinst und sind am Gewinn und Verlust des Betriebes beteiligt, wobei bei Verlusten die Verzinsung lediglich auf 0% sinkt. Die Genussscheine der "Kartoffelaktie" werden mit einem halben Zentner Kartoffeln pro 500 EUR Beteiligung oder anderen Hofprodukten im gleichen Wert vergütet. Die Vertragsbeispiele stehen unter www.demeterhof-hiss.de zur Verfügung.

Hiß bietet Hofladen, Gemüseboxenabo, Online-Bestellungen

Mit der "Kartoffelaktie" bieten wir Ihnen neben der stillen Teilhaberschaft eine weitere attraktive Möglichkeit, sich mit kleinen Kapitalbeträgen an der Entwicklung unseres Demeterhofes zu beteiligen. Beide Beteiligungsformen führen uns als Bündnispartner zusammen, Sie als Konsumenten und uns als Produzenten.

Ihre finanzielle Beteiligung verbunden mit unserer transparenten Betriebsstruktur fördert das gegenseitige Vertrauen.

Für eine Einlage pro 1000 DM erhalten Sie jährlich einen Sack Kartoffeln oder Herbst-/Winter-Gemüse im Wert des hofüblichen Preises. Die Produkte stehen für Sie im Hofladen oder auf einem unserer Wochenmärkte bereit.

Die Kündigung ist nach einem Jahr zum Ende des Wirtschaftsjahres am 30. Juni möglich.

Kattendorfer Hof

Wirtschaftsgemeinschaft und "Kuh-Aktie"

Mit der Wirtschaftsgemeinschaft entsteht eine neue Beziehung zwischen Produzent und Verbraucher. Sie schauen, ob Ihnen das Angebot gefällt. Wenn ja, vereinbaren Sie mit dem Hof einen monatlichen Betrag, für den Sie in bestimmten Umfang Waren aus dem Hofladen beziehen. Der Hof erhält so regelmäßige Einnahmen, mit denen er das erzeugen kann, was in aller Interesse ist: wirklich gute und gesunde Lebensmittel!

Oder unterstützen Sie den Hof indem Sie eine „Kuh-“, oder „Kalb-Aktie“ erwerben. Sie erhalten eine Dividende in bar oder Naturalien und sorgen mit diesem Genussschein für Nachzucht und Bestand der Herden.

Der Kattendorfer Hof setzt auf Vielseitigkeit. Es gibt Ackerbau, eine Gärtnerei sowie Milchvieh- und Schweinehaltung. Die Milch wird direkt auf dem Hof in einer großen Käserei nach alten Rezepten zu leckerem Käse verarbeitet. Schweine und Rinder werden vom Hausschlachter geschlachtet und zu Fleischspezialitäten verarbeitet. Die Vermarktung der Produkte erfolgt über den freundlichen Hofladen und über Wochenmärkte in der Umgebung.

Praktisch sieht das so aus, dass Sie als potenzielles neues Mitglied erstmal gucken kommen, unsere Produkte probieren und schauen, was Ihnen das wert ist. Dann vereinbaren wir mit Ihnen anhand unseres Richtsatzes Ihren individuellen monatlichen Beitrag, der dann abgebucht oder überwiesen wird.

Unser Angebot ist nicht immer gleich, es unterliegt, besonders beim Gemüse, einer "natürlichen Schwankung": Manchmal ist das eine knapp, während etwas anderes im Überfluss vorhanden ist.

Wir bewirtschaften 150 ha (1.500.000 qm) auf unterschiedlichen Böden der Moränen - Landschaft.

<http://www.kattendorfer-hof.de/>

Fördergemeinschaft Hof Karlsburg

Ein holsteinischer Bauer hat Städtern Anteile an seinen Kühen verkauft

Die meisten Aktionäre sind allerdings lieber passive Kuheigner. Ihre Anteile können als Abart der vinkulierten Namensaktien gelten. Die Besitzer sind bekannt, die Rechtsstellung als Kuhhalter ist nur mit Zustimmung des Bauern übertragbar. Sogar Hauptversammlungen mit Mitspracherecht gibt es, die einmal im Jahr stattfinden und von einem großen Sommerfest begleitet sind. Zur Börsennotierung fehlt es den Kuhaktien zwar noch, doch dafür können sie ohne Kursverlust wieder an Hans Carstens zurück□ Bad Segeberg von seinen Eltern übernommen und ihn auf ökologischen Landbau umgestellt. Dann suchte er nach einem Weg, seine Bio-Milch möglichst direkt und unverarbeitet an die Verbraucher zu bringen. 1984 hat er die ersten Verträge vor allem mit Hamburger Familien geschlossen. Noch im selben Jahr gab es bereits hundert Euteraktionäre.

Mit den Kuhaktien hat Carstens einen neuen Weg gefunden, die strenge Milch-ab-Hof-Abgabenverordnung zu umgehen. Danach darf Rohmilch nämlich nur direkt vom Bauern an die Verbraucher gegeben werden und auch nur in kleinen Mengen. Wer Rohmilch in der Stadt kaufen will, muß zur teuren Vorzugsmilch greifen.

Doch die Aktionäre von Hof Karlsburg bekommen eben ihre eigene Milch geliefert. „Wenn einer eine Kuh im Garten hat, kann ihm doch auch niemand reinreden, wie er die melken muß“, sagt Carstens. „In diesem Fall liegt keine Abgabe außerhalb der Betriebsstätte vor“, bestätigt auch Harry Addicks-Höft vom Landratsamt in Bad Segeberg. Die Behörden haben Carstens und den Aktionären vor kurzem schriftlich bestätigt, legal zu handeln. Allerdings

müssen bestimmte Hygienevorschriften eingehalten werden, die Anteilseigner müssen die Milch selber untereinander verteilen, und die Milch darf nur an die Aktionäre abgegeben werden.

Nicht so positiv steht das Bundesgesundheitsamt der Eigeninitiative des Bauern gegenüber. „Wir sehen bei Rohmilch schon Risiken, zum Beispiel können die Erreger von TBC oder Malta-Fieber in der Milch sein“, gibt Hans Dieter Böhm vom Referat für Lebensmittelhygiene in Bonn zu bedenken. Hans Carstens glaubt eher, daß diese Bedenken von der Lobby der Milchverarbeiter geschürt werden. Rohmilch sei doch nicht schädlich, wenn die Tiere gesund seien.

<http://www.zeit.de/1989/26/Vorzugsmilch-auf-Aktien>

Gärtnerhof Entrup

Nach über einem Jahr intensiver Vorbereitungszeit starteten die verantwortlichen Landwirte Susanna Lindeke und Kenneth Stange das Projekt am 1. Juli. Produkte für aktuell 30 Personen werden nun nicht auf Märkten oder im Hofladen verkauft, sondern fließen in einen neuen, von den Kunden finanzierten Wirtschaftskreislauf. Für ein Jahr haben sich die Teilnehmer mit ihrer Unterschrift verpflichtet, den vereinbarten Geldbetrag per Dauerauftrag auf das Konto der Gärtnerhof Entrup Genossenschaft zu überweisen. Einer speziellen Rechtsform bedarf es für CSA nicht. Gleichzeitig verpflichten sich die Landwirte, in Quantität und Qualität Produkte anzubieten, die die Bedürfnisse und Erwartungen der Konsumenten so weit wie möglich erfüllen. Die Vorteile von CSA liegen auf der Hand: Produkte aus einer regionalen, nachhaltig betriebenen Landwirtschaft. Frische, gesunde Nahrungsmittel aus gesunder Natur. Wissen wo, wie und von wem die Nahrungsmittel angebaut wurden, die man isst. Teil einer Gemeinschaft sein, vom Kreislauf und der Beziehung zwischen Anteilshalter, Hof, Erde und umgebender Gemeinschaft. Einen Beitrag leisten zu einer gesunden lokalen Ökonomie. Stärkung und Intensivierung der Beziehung zur Erde und den Prozessen, die unser Leben möglich machen und ausmachen.

<http://www.entrup119.de/gaertnerhof/genossenschaft.php>

Schafsprodukte auf CSA-Basis

Das Geld der Aktie fließt in Futter, Pflege der Tiere und Kosten für die Herbstschur und Verarbeitung in der Spinnerei, und am Ende erhält man gesponnene Wolle zurück. Wer die gewonnene Wolle selber verspinnen oder verfilzen möchte, kann alternativ ein "Spinner's Share" kaufen.

Dieses Modell wäre vielleicht äusserst interessant für ähnliche Projekte hier in Deutschland, und zudem ist es ausserdem gut abwandelbar auf z.B. Imkereien und Erzeuger alter Obst- und Gemüsesorten, die ja leider sehr um Unterstützung ringen müssen (EU-Verordnungen, Massenerzeugerkonkurrenz, Gensaat und all die Hässlichkeiten). Das Internet kann hier eine optimale Vermarktungsplattform bieten, weil sie überregional eine Interessensgemeinschaft zusammenbringen und aufbauen kann bei vergleichsweise geringem Aufwand. Mit einem recht hohen Anteil an Handarbeit bei der Erzeugung der Produkte wäre ausserdem durchaus ein Shop auf Etsy und DaWanda denkbar (im Hinblick auf wenig Aufwand beim Absatz: man muss lediglich Artikel einstellen und den Shop am Laufen halten, braucht sich aber nicht herumzuplagen mit dem Programmieren und der Serverpflege).

http://www.iconocast.com/00022_German/Z4/News8.htm

<http://handmadezwonull.blogspot.com/2008/04/ertragsanteile-per-aktie-verkaufen-auf.html>

Trüffلزins der Confiserie Burg Lauenstein

So bietet z.B. die Confiserie Burg Lauenstein in Ludwigsstadt im nördlichen Bayern den „Trüffلزins“. Rund vier Kilo Pralinen pro Jahr gibt es bei einer Einlage von 2000 Euro (Mindestanlage), was einer Verzinsung von 8,5 % pro Jahr entspricht. Der Genussschein hat eine Laufzeit von 3 Jahren. Wer lieber Geld auf seinem Konto sehen will, erhält eine Verzinsung von 4,5 % p.a. Das nenne ich mal im wahrsten Sinne des Wortes Genussscheine.

Weinzins des Weingutes Kuntz

Im zweiten Beispiel erhalten die Anleger 7,5 % Weinzins vom Weingut Sybille Kuntz mit Sitz in Lieser an der Mosel. Die Mindesteinlage für die Genussscheine beträgt 2.500 Euro. Der Zins kann z.B. inf Form von 24 Flaschen Gutsriesling 2003 "ausgeschüttet" werden. Die Laufzeit der Genussscheine beträgt 5 Jahre.

Dresszins der Firma Boutiquen Aust

Die Hamburger Firma AUST hat fünfzig Boutiquen – neun sollen dazu kommen. Dafür braucht das Unternehmen zwei Millionen Euro, die die Banken nicht finanzieren wollen. Deshalb gibt die Firma Genussscheine vornehmlich an die eigenen Kunden heraus. Der Dresszins beträgt 13 % p.a.. Die Mindesteinlage beträgt 500 Euro und die Laufzeit ebenfalls fünf Jahre.

Bewertung:

Alle drei Beispiele haben gemeinsam, dass man mit diesem Angebot insbesondere seine eigenen Kunden als Kapitalanleger gewinnt und somit nicht nur durch die guten Produkte an das Unternehmen bindet.

Besonders attraktiv sind diese Angebote somit für Unternehmen, die eine hohe Rohertragsmarge und eine grosse Kundendatei haben. Es ist faszinierend, wie kreativ die Unternehmer mittlerweile geworden sind, um Kapital zu beschaffen. Genussscheine mit Naturalzins sind eine schöne Antwort auf die immer restriktiver werdende Kreditvergabepolitik der Banken. Nicht meckern, sondern futtern!

<http://www.best-practice-business.de/index.php?cXBfYWN0aXZlPWluZm8mcXBfbmlkPTU2>

4. Grundlagentheorien / Volkswissenschaft

(Texte sind Zitate bzw. Auszüge, siehe jeweils am Ende)

- Zweitens ist die sog. "ursprüngliche" Akkumulation des Kapitals nicht abgeschlossen, sondern wird in Form von innerer und äußerer "Kolonialisierung" weiter ausgeweitet. (17) , Dabei beutet diese Akkumulation die Subsistenzproduktion nicht nur aus, sondern zerstört ihre Grundlagen (17). Anmerkung: Marx nahm an, daß nach dem Erreichen einer "kritischen Masse" an Kapital dieses sich wesentlich aus eigener Logik heraus - Verwertung - akkumuliert. Auch der amerikanische ökologische Sozialist O'Connor betont den sog. "zweiten Widerspruch" zwischen kapitalistischen, sich selbst

reproduzierenden Produktionsverhältnissen - und ihren (nichtreproduzierten) Bedingungen (Natur, Infrastruktur...).

- Der Klassenkampf des Kapitals wird nicht nur und vielleicht weniger gegen die Lohnarbeit geführt, sondern erfolgt als "Krieg gegen die Subsistenz" (nach I. Illich)
 - Enteignung der Allmende (*mit erschütternden Beispielen*)
 - Freihandel mit Lebensmitteln
 - Technisierung (*als Subsistenzkiller; auch: Überleben nur für Großbetriebe*)
- EU: 80% der Subventionen gingen 1992 an 20% der Agrarbetriebe
Vorgeschlagene Lösungen insbesondere: Wiederfindung der Allmende.

Aus „Eine Kuh für Hillary“, <http://www.philosophicum.de/subs.htm>

; mit entsprechenden Quellen.

- „Bestimmt wieder selbst, was das eigene Leben gut macht.“
Das gemeinsame Ziel: "Wir wollen Hand- und Kopfarbeit, Stadt und Land wieder zusammenbringen. Wir wollen insgesamt Verhältnisse schaffen, die ohne hierarchische Trennlinien auskommen, wie etwa zwischen Norden und Süden, Mann und Frau, Natur und Gesellschaft."

Aus: „Mit Hand und Kopf“, <http://www.coforum.de/?3681>

mit weiteren Quellenangaben

- Die Grundidee einer CSA ist, dass ein Hof sein Umfeld mit Lebensmitteln versorgt, während das Umfeld dem Hof die nötigen (Finanz-) Mittel bereitstellt, um wirtschaften zu können. Damit übernehmen beide Parteien eine wechselseitige Verantwortung. Im Idealfall ermöglicht das Konzept den Landwirten, von ökonomischen Zwängen befreit, nachhaltig zu wirtschaften. Dazu gehört, einen weitestgehend geschlossenen Wirtschaftskreislauf anzustreben, der über den landwirtschaftlichen Betrieb hinaus die Verbraucher seiner Produkte mit einbezieht. Das CSA-Konzept erlaubt somit Menschen auch als Nicht- Landwirt aktiv Verantwortung für die Produktion gesunder Lebensmittel zu übernehmen. Grundgedanke ist, dass der Mensch als Gemeinschaftswesen von Natur aus kooperativ ist, und dass die Natur innerhalb gesunder Natur bzw. Betriebskreisläufe genügend Überschüsse produziert, von denen die Menschen leben können. Nach diesem Prinzip wirtschaftende Höfe entstanden unabhängig voneinander seit den 1960er Jahren in verschiedenen Teilen der Welt.

Aus: Community Supported Agriculture (CSA) in Deutschland; Konzept, Verbreitung und Perspektiven von landwirtschaftlichen Wirtschaftsgemeinschaften von Katharina Kraiß und Thomas van Elsen; <http://www.sofar-d.de/files/?665&de>

- Schlüsselfaktor Kapital
Eine Denkstudie des Autors liefert Hinweise für Rechts-Formen der Betriebsentwicklung. Anhand einer Umfrage bei verschiedenen organisierten Demeter-Betrieben von Verein bis Genossenschaft werden Fragen zu künftigen Betriebsentwicklung und dem Faktor Beteiligung - auch mit Kapital - aufgeworfen. Grundlage eines idealtypischen biodynamischen Betriebs ist unter anderem das

Einbeziehen von engagierten Menschen, die diese Form der Landwirtschaft unterstützen möchten - eigentlich ein gemeinnütziges Anliegen. Die Studie diskutiert Vor- und Nachteile verschiedener Rechtsformen, die Beteiligung ermöglichen, und kommt am Beispiel des eigenen Betriebes zum Schluss, dass die Aktiengesellschaft die meisten Möglichkeiten bietet, Landwirtschaft der Gesellschaft zu öffnen und Verantwortung zu teilen.

Christian Hiß: Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung in Zukunft.
Schlüsselfaktor Kapital. Eine Denkstudie.
Forschungsring Materialien Nr. 17, 2006, 68 S., 8,50 €
Bezug: Forschungsring für Biol.-Dyn. Wirtschaftsweise e.V.,
Brandschneise 5, 64295 Darmstadt, Tel. 06155-84 21 0, Fax: -84 21 25

Aus: Von Werten und Zahlen; Das Wirtschaften wieder in die Hand nehmen, von Christian Hiss;

http://www.lebendigeerde.de/index.php?id=essay_086

- 6 C U L T I V A T I N G C O - O P E R A T I V E S

- 1.3 What is a local food enterprise?

- We define local food as:

- „Food derived from a system of producing, processing and trading, primarily of organic and sustainable forms of food production, where the physical and economic activity is largely contained and controlled within the locality or region where it was produced, which delivers health, economic, environmental and social benefits to the communities in those areas.”

- So, a local food enterprise is any business involved in producing, processing or trading in local food. These enterprises shorten the distances between producers and consumers, promoting local produce. The following list shows the range of local food enterprises (you can find some examples of these in part 4).

- Allotment groups
 - Art projects
 - Children's gardens
 - City farms and community gardens
 - Community allotments
 - Community orchards
 - Community-supported agriculture (CSA)
 - Cooking clubs
 - Farm demonstration and educational facilities
 - Farm shops
 - Farm support groups
 - Farmers' markets
 - Food-buying co-ops
 - Food festivals
 - Horticultural and farm therapy groups
 - Local public-sector procurement (schools, hospitals and so on)
 - Publicity campaigns
 - Restaurant agriculture
 - Vegetable box schemes
 - Women's Institute markets

- Community-based food groups are an important part of the local food sector,

contributing much to the image and social benefits of local food. Some of the large not-for-profit local food agencies began as community groups, including us. Community groups can encourage skills and ideas but they often continue successfully for years on a small scale. There are very many community local food groups, mostly unrecorded and informal. Many are concerned with food poverty and increasing access to healthy food, and knowledge and confidence about preparing healthy food. For examples and case studies, see www.localfoodworks.org/library To be clear, local food is quite separate from 'locality' and 'speciality' foods, which were defined in 2002's Policy Commission report Farming & Food – A sustainable future as: "Food with a clear regional provenance but which is often processed, traded or sold outside the area it has been produced. It has an emphasis on quality and conveys a sense of place of origin, of its own distinctive landscape, breeds and culture in the wider world."

Aus: C U L T I V A T I N G C O - O P E R A T I V E S

[http://www.soilassociation.org/web/sa/psweb.nsf/cfff6730b881e40e80256a6a002a765c/5ef4ccb3db7864be80257442003226df/\\$FILE/ATTP3BRI/Cultivating%20Cooperatives.pdf](http://www.soilassociation.org/web/sa/psweb.nsf/cfff6730b881e40e80256a6a002a765c/5ef4ccb3db7864be80257442003226df/$FILE/ATTP3BRI/Cultivating%20Cooperatives.pdf)

Agrarwende in der Gesellschaft, von Cornelia Roeckl

(..)

Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe

Einen weiteren Schritt stellt die Gestaltung von Landwirtschaft als "gesellschaftliche/soziale Aufgabe" dar. Es sollen Ansätze beschrieben werden, wie Wirtschaft, d.h. hier Erzeugung, Verteilung und Verbrauch von Lebensmitteln, so gestaltet werden können, dass sie den besonderen Anforderungen einer ökologischen Landbewirtschaftung entsprechen. Angesichts der als Moloch erlebten Wirtschaft ist es notwendig (und möglich), einzeln und in Gruppen anders zu denken, zu handeln und andere Verabredungen zu treffen.

- Eigenanbau in zeitgemäßen Formen
- Einige Höfe vermieten Gemüsebauparzellen an "Städter". Der Hof pflügt den Acker und sät das Gemüse, die Mieter übernehmen Pflege und Ernte. Auf diese Weise können Familien eigenes Gemüse ernten, genießen dabei aber fachliche Unterstützung und sozialen Austausch.

- Community Supported Agriculture (CSA)

entsteht, wenn eine Gruppe von Verbraucherinnen und Verbrauchern das Jahresbudget einer Gärtnerei oder eines Hofes deckt und dafür ganzjährig mit Gemüse oder anderen Lebensmitteln versorgt wird. Das Modell verbreitete sich insbesondere in den USA erstaunlich schnell.

- Gemeinnützige Trägerschaft von Landwirtschaft

Seit den 1960er Jahren bilden sich gemeinnützige Träger für biologisch-dynamische und ökologische Landwirtschaft; inzwischen gibt es in Deutschland ca. 50 derartige Vereine. Sie formulieren ihre Ziele in Anlehnung an das Leitbild des ökologischen Landbaus einerseits und an die Vorgaben des Steuerrechts zur Gemeinnützigkeit andererseits. Vereinsziele sind z. B. die Pflege der Kulturlandschaft, Förderung der Artenvielfalt, Forschung, Bildungsangebote oder therapeutische Aufgaben. Dabei ergeben sich ganz unterschiedliche rechtliche Gestaltungen. Meistens liegt das Eigentum an Grund und Boden - oft auch an den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden - in der Hand des gemeinnützigen Vereins, seltener auch das lebende und tote Inventar. In der Regel erfolgt eine Verpachtung des Betriebes an eine Bewirtschafterfamilie oder Betriebsgemeinschaft. Die Pacht dient u.a.

dazu, Darlehen des Vereins für den Kauf des Hofes oder Gebäudeinvestitionen zu bedienen. In anderen Fällen wird nur eine geringe Pacht gezahlt, aber der Pächter verpflichtet sich zur Erhaltung der Gebäude.

Wichtige Vorteile bzw. Chancen der gemeinnützigen Trägerschaft sind:

Die Existenz eines Hofes und seine nachhaltige ökologische Bewirtschaftung können unabhängig von der Erbfolge gesichert werden.

Die Bewirtschaftung eines Hofes kann durch Menschen erfolgen, die die erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen haben und z.B. das Kapital für das Inventar aufbringen können - nicht jedoch für Land und Gebäude.

Der Boden wird als eigentlich unverkäufliche Existenzgrundlage des Menschen behandelt, nicht als Spekulationsobjekt.

Zinsgünstige oder zinslose Mittel für den Kauf eines Hofes oder Investitionen können leichter aufgebracht werden.

Die gemeinnützige Trägerschaft bietet einen Rahmen für regionales Bürgerengagement in der Landwirtschaft, für ihre vielfältigen ökologischen, kulturellen oder sozialen Aufgaben und Möglichkeiten.

Einige Landwirte auf Höfen in gemeinnütziger Trägerschaft haben die Erfahrung gemacht, dass die Beratung aus dem Verein, z.B. bei Investitionsmaßnahme hilfreich ist.

Was kann jede/r einzelne für eine Agrarwende tun?

- Als Bodeneigentümer oder nicht-aktiver Hoferbe können Privatpersonen Flächen zu günstigen Konditionen an Biohöfe verpachten oder schrittweise die Überführung in einen gemeinnützigen Träger betreiben.
- Als Mitglied von Kirchengemeinden kann man nachfragen und Einfluss nehmen, wie die landwirtschaftlichen Flächen der Gemeinde genutzt und verpachtet werden. Angesichts der hohen Bedeutung der Kirchen als Landeigentümer ist dies nicht unbedeutend.
- Als Sparerin/Sparer kann man eigene Rücklagen über ein "Grünes Konto" der GLS Gemeinschaftsbank eG für Kredite an Biohöfe zur Verfügung stellen. Ein eventueller Zinsverzicht kommt in Form von zinsgünstigen Krediten den Kreditnehmern zugute.
- Als Spenderin/Spender kann man den Kauf von Höfen oder Flächen durch gemeinnützige Träger ebenso unterstützen wie langfristige Forschungsprojekte in der Saatgut- und Tierzucht, Fragen der Lebensmittelqualität etc. Ohne die finanzielle Unterstützung von Privatpersonen und Stiftungen erreichen diese Forschungsprojekte nicht das erforderliche Niveau.
- Als Kantinenkundin oder -kunde kann man sich dafür einsetzen, dass Bio-Lebensmittel verwendet werden – wenn möglich aus der Region. Und als Mitglied von Parteien oder Naturschutzverbänden kann sich schließlich jede/r landwirtschaftliche Themen auf seine/ihre Agenda setzen.

Cornelia Roeckl, Geschäftsführerin der Zukunftsstiftung Landwirtschaft, www.zs-l.de

Quelle: Auszüge aus: Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 138. Folge, 9/2003, www.sozialoekonomie.de

Kooperation in der Landwirtschaft

(Prof. Frithjof Kuhnen)

(..)Die Erfahrung zeigt auch, daß Kooperation bei kleinen überschaubaren Gruppen am besten funktioniert. Je größer die Kooperative wird, desto weniger bleibt von dem ursprünglichen genossenschaftlichen Geist übrig. Man spricht von der Verflüchtigung des

genossenschaftlichen Geistes bei Ausdehnung der Genossenschaft. Da die technologische Entwicklung oft für große Einheiten spricht, ergeben sich hier Konflikte. (..)“

(ff.) Schaubild FUNKTIONEN DER KOOPERATION

(..)

7. Beispiele für neue Kooperationsformen

7.1 Farmers Associations in Taiwan

Taiwan hat mit seinen Farmers Associations eine neue Dienstleistungsgenossenschaftsform geschaffen, die den dortigen Gegebenheiten besonders angemessen zu sein scheint. Trotz vieler Abweichungen von den Grundprinzipien handelt es sich nach dem Gesetz um Genossenschaften. Die wesentlichen Charakteristika sind folgende:

FAs bestehen nicht auf Dorfebene, sondern umfassen eine Region von 8-12 Dörfern. Damit sollte erreicht werden, daß Umsatzvolumina zustandekommen, die den Einsatz von ausgebildeten Fachkräften rechtfertigen. Außerdem hoffte man, so innerdörfliche Rivalitäten zu neutralisieren.

Die FAs sollen als Geschäftsunternehmen mit angemessenem Profit arbeiten, so daß sie nach einer Gründungs-Schonfrist in der Lage sind, ihre eigenen Kosten aufzubringen.

Es wird streng getrennt zwischen dem Recht zur Kontrolle, welches den gewählten Mitgliedervertretern zukommt, und dem Recht zu Management, das der Angestellte, ausgebildete General Manager innehat.

Die Dienstleistungen umfassen Kredit, Bezug, Absatz, Viehversicherung und - im Gegensatz zu den meisten Genossenschaften - auch Beratung.

Nach einer Aufbauzeit mit staatlicher Unterstützung werden den Mitgliedern die Dienste in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt. Dabei zeigte sich, daß im Marktbereich bereits ein kleiner Anteil am Umsatz ausreicht, um die Preise zu kontrollieren, wenn man die Preise regelmäßig bekannt macht. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe, wegen geringen Eigenkapitals haben im Laufe der Zeit die Depositen der nichtlandwirtschaftlichen Mitglieder (Händler, Handwerker usw.) dazu geführt, daß genug Geld zu Verfügung steht, um alle Kreditwünsche zu befriedigen.

Die FAs können folgende Erfolge aufweisen:

Die Landwirte werden mit den nötigen Dienstleistungen versorgt.

Die Aufgabe der Kapitalbildung auf dörflicher Ebene und des Kapitaltransfers zwischen den Sektoren verläuft reibungslos.

Die Regierung hat auf Dorfebene eine Institution, die bei der Implementierung ihrer Politik behilflich ist.

Der Beratungsdienst ist mit den anderen Diensten verzahnt und wird ohne Kosten für den Staat bereitgestellt. (..)

<http://www.professor-frithjof-kuhnen.de/publications/kooperationen-in-der-landwirtschaft/4.htm>

LEL Schwäbisch Gmünd/ Infodienst Landwirtschaft - Ernährung - Ländlicher Raum

(aus: Loseblattsammlung Marktwirtschaftliche Erzeugerberatung)

(..)

6.3.2 Integration/ Kooperation

Landwirtschaftliche Unternehmen weisen im Vergleich zu Handels- und Verarbeitungsunternehmen im Agrarbereich meist eine geringe Größe auf. Dies führt in der

Regel sowohl zu einer schwachen Marktstellung des einzelnen landwirtschaftlichen Unternehmens als auch zu einer Zersplitterung des Angebots in bezug auf Mengen und Qualitäten. Um diese Nachteile zu vermeiden, sind verschiedene Formen der Integration (oder Kooperation), d.h. der vertraglichen Zusammenarbeit selbständiger Unternehmen, möglich.

Kooperationen sind immer dann sinnvoll, wenn

vielen kleinen Produzenten wenige große Abnehmer gegenüberstehen,
der Wettbewerb zwischen den Produzenten ruinös ist,
die verschiedenen Wirtschaftsstufen eine klare Funktionsverteilung aufweisen (z.B. Produktion, Erfassung, Verarbeitung ...),
die erzeugten Produkte mit hohem Kapital- und/ oder Arbeitseinsatz hergestellt werden und mit einem hohen Produktions- und Absatzrisiko versehen sind.

Darüber hinaus müssen die Partner für eine erfolgreiche Kooperation auch persönliche Voraussetzungen wie Offenheit, Vertrauen, Teamfähigkeit und Informationsbereitschaft mitbringen. Häufig scheitern Kooperationen an diesen fehlenden persönlichen Eigenschaften und am starken Unabhängigkeitsbewußtsein einzelner Partner.

Horizontale Integration/ Kooperation

Unter horizontaler Kooperation versteht man den Zusammenschluß von Partnern aus der gleichen Wirtschaftsstufe (z.B. Landwirt - Landwirt). Ziel des Zusammenschlusses ist es, durch das Zusammenfassen von Bezugs- und/ oder Absatzmengen für die Kooperationspartner eine bessere Marktstellung zu erreichen. Häufig sind erst durch einen Zusammenschluß eigenständige Marketingaktivitäten möglich.

Die Kooperation kann im Bereich Marketing die Marktforschung (Informationsbeschaffung, Markttransparenz), die gemeinsame Entwicklung von Marketingstrategien, die gemeinsame Distributionspolitik (z.B. gemeinsame Transport- und Lagereinrichtungen, gemeinsamer Verkaufsraum) und/ oder auch eine gemeinsame Produktpolitik (z.B. Produktverarbeitung, Marke, Angebotsprogramm) umfassen.

Eine gut funktionierende und effektive Kooperation sollte folgende Merkmale aufweisen: Die Geschäftsführung sollte hauptamtlich tätig sein und eine kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Ausbildung mit Kenntnissen in Verhandlungstechnik und Verkaufspsychologie vorweisen.

Der Vorstand sollte nicht zu groß sein, um Entscheidungen schnell und flexibel treffen zu können.

Eine hohe Marktkennntnis von Vorstand und Geschäftsführung verbessert die Markttransparenz und damit den Vermarktungserfolg.

Es müssen auf den Standort abgestimmte Erzeugungs- und Qualitätsregeln aufgestellt werden, deren Einhaltung kontrolliert wird. Verstöße sind zu bestrafen.

Eine 100%-ige Andienungspflicht erlaubt eine genauere Prognose der zu vermarktenden Mengen und Qualitäten und ist deshalb in der Satzung zu verankern und über entsprechende Sanktionierungsregelungen auch durchzusetzen.

Ein schlüssiges Marketingkonzept, mit dem man sich von der Konkurrenz abhebt, sollte erstellt und in die Praxis umgesetzt werden.

Die Unabhängigkeit gegenüber Handel und Genossenschaften bezüglich der Organisation der Kooperation (z.B. keine gemeinsame Geschäftsführung) sollte gewährleistet sein. Eine anschließende Zusammenarbeit bei der Vermarktung ist trotzdem möglich und sinnvoll.

Die häufigsten Formen der horizontalen Kooperation sind Erzeugergemeinschaften, Erzeugerzusammenschlüsse und Erzeugerorganisationen. (..)

wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1045428_11/index.html

5. Einzelne Netzwerkgedanken und Anknüpfungspunkte

(Text ist jeweils Zitat aus der jeweiligen Website)

Perspektiven Netzwerkstelle

Im Rahmen des Bundesprogramms CIVITAS werden in den neuen Bundesländern PERSPEKTIVE-Netzwerkstellen eingerichtet. Diese sollen Handlungsstrategien und Netzwerke entwickeln, erproben und begleiten, die eine Zusammenarbeit von regionalen Akteuren wie z.B. Schule, Jugendhilfe, Kirche, Wirtschaft und Gemeinwesen ermöglichen und fördern, um damit gemeinsam für Demokratie und Toleranz und eine Perspektive junger Menschen zu wirken. Aufgabe der PERSPEKTIVE-Netzwerkstellen ist es, Akteure zusammenzuführen, zu qualifizieren und zu motivieren, um nachhaltige Projekte der Gemeinwesenarbeit an der jeweiligen Zielgruppe orientiert zu entwickeln, umzusetzen und zu gestalten.

Was ist unser "Netzwerk Landkultur"?

Die "Netzwerkstelle LandKultur" befindet sich im Winkel der Landkreise Bitterfeld, Köthen, Saalkreis und im Fadenkreuz zahlreicher Städte. Eine regionale Verantwortungsgemeinschaft engagiert im Aktionsradius bis 15km. Dies ist Auftakt einer integrierten ländlichen Entwicklung, gemeinsam wird ein Konzept erarbeitet. Die Verantwortungsgemeinschaft steht für Information, Kooperation, Planung, Lobby und Kompetenz. Aus der Kooperation der Beteiligten gehen verbesserte Angebote für das Gemeinwesen im ländlichen Raum hervor.

Handlungsfelder

Wir sind auf 3 Ebenen tätig:

- 1) Begleitung und Unterstützung für Projekte im Gemeinwesen
- 2) Beratung, Fortbildung, Moderation
- 3) Kooperation, Koordination, Serviceleistungen

Projekte finden Sie dazu im Handlungsfeld "LandKultur als Gemeinwesenarbeit". Zudem agieren wir in den Bereichen: "Arbeitswelt", "Bildungslandschaft", "Gemeinschaftliches Wohnen" und "Lebenskunst".

<http://www.netzwerk-landkultur.de/>

Freiwilligenagentur MehrWERT

Die Freiwilligenagentur MehrWERT vermittelt Menschen, die ehrenamtlich tätig sein wollen, in laufende Projekte bzw. zu gemeinwesenorientierten Vereinen und Organisationen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Ob im Bereich Kultur, Soziales, Sport oder Bildung, ob als ehrenamtliche Kinderbetreuerin oder als Begleitung für Senioren. Jeder wird entsprechend seiner Interessen und Kompetenzen vermittelt.

Gleichzeitig sind die Akteure des Gemeinwesens angesprochen, entsprechend den aktuellen Anforderungen und fachlichen Bedürfnissen ehrenamtlich Tätige zu werben. Hier bietet die Freiwilligenagentur MehrWERT unterstützende Begleitung.

Neuigkeiten der Freiwilligenagentur und Informationen zum bürgerschaftlichen Engagement finden Sie unter Aktuelles. Beispielsweise berichten die Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen in einem Online-Tagebuch über zivilgesellschaftliches Engagement in und für die Region. So erhalten Sie einen Einblick in die vielfältige Arbeit der Freiwilligenagentur und der ehrenamtlich Tätigen. Detailliertere Informationen zu einzelnen Projekten sind unter der Rubrik "Projekte der Freiwilligenagentur" zusammengefasst.

<http://www.engagiert-in-anhalt-bitterfeld.de/content/view/397/158/>

Das Netzwerk GWA e.V. "**Gemeinschaftlich Wohnen in Augsburg**" e.V. ist Ansprechpartner für Interessenten an Gemeinschaftlichen Wohnformen in Augsburg und Teil der lokalen Agenda 21.

Unser städtischer Partner: Kontaktstelle Neuer Wohnungsbau

Unsere Angebote:

- Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
- Begleitung und Vernetzung
- Beratung für Gemeinschafts-Suchende: Welches Projekt passt zu mir?

Hier gehts zu --> unserem Info-Flyer

<http://www.gemeinschaftlich-wohnen-in-augsburg.de/index.php>

Stadtteilgenossenschaft Mülheim am Rhein

Ziele der Genossenschaft sind

- Ein demokratisch organisiertes und kooperierendes Netzwerk unterschiedlicher Geschäftsbetriebe und Tätigkeitsfelder herzustellen mit vorrangiger Beteiligung der StadtteilbewohnerInnen.
- Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der Mitglieder zu fördern.
- Rahmenbedingungen für die Kooperation unterschiedlichen Betriebe zu schaffen,
- Erwerb von Grundstücken und Gebäuden.
- Verpachtung bzw. Vermietung an Mitglieder
- Beratung und Förderung von Betrieben Projekten der Mitglieder
- Aufbau gemeinschaftlicher Versorgungsstrukturen und Netzwerke gegenseitiger Hilfeleistung
- Schaffung und Förderung von gemeinschaftlichen Einrichtungen
- Regionale und überregionale Vernetzung

Quartier-Politik heißt:

- Bereitstellung von Grund und Boden (z. B. Industriebrache) in Erbpacht
- Überlassen von sanierungsbedürftigen Gebäuden für preiswertes Wohnen und für handwerkliche Arbeiten, für Selbsthilfeprojekte, für Kultur und Info
- Nutzbarer Boden für Garten- und Gemüseanbau

Um die Diskussion anzuregen, erlauben wir uns hier schon einige Projekte vorzuschlagen, für deren Realisierung bereits Erfahrungen von Gruppen oder Einzelnen zur Verfügung stehen.

- Solarschule
- Baurecyclinghof
- Eigenarbeitshaus (Stadtteilwerkstatt)
- Bau- und Gartenkollektiv
- Müllemer Wäschwiever und Jonge
- Möbel- und Kleider: Aufarbeitung und Verkaufen
- Reparaturdienste
- Bau von Werkstattgebäuden und Wohnungen
- Sozialstation und Hospiz

Die innova eG - Engagement für genossenschaftliche Neugründungen

Im November 2001 in Leipzig gegründet, unterstützt die innova eG bundesweit gründungswillige teams bei der Gründung und dem Aufbau von Selbsthilfegenossenschaften in ihrem jeweiligen lokalen Umfeld. Sie koordiniert und betreut die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen (Langzeitarbeitslose, Migranten, Menschen mit Behinderungen etc.) möglichst unter Nutzung von Förderprogrammen der Europäischen Union.

6. Einzelne rechtliche und buchhaltungsorientierte Aspekte (Auszüge)

Hausarbeit von Sigi Schröder

(..) Die Änderung des Kreditwesengesetzes von 1985 beinhaltet nun die Aufnahme des Genußkapitals in den Katalog des bankenrechtlich haftenden Eigenkapitals. Dies bedeutet konkret, daß Kreditinstitute erstmals durch die Emission von Genußscheinen ihr Eigenkapital aufstocken konnten. Allerdings war dies an gewisse Voraussetzungen gebunden. So mußten die emittierten Genußscheine insgesamt sechs Ausstattungsmerkmale aufweisen, um den Anforderungen des Kreditwesengesetzes zu entsprechen.

(...)

Demnach sind Genußrechtsverbindlichkeiten genau dann dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen wenn sie

1. "bis zur vollen Höhe am Verlust teilnehmen und im Verlustfalle Zinszahlungen aufgeschoben werden können." So der Wortlaut des Gesetzes. Bei Emission eines Genußscheinens stellen die Zeichner desselben der emittierenden Unternehmung / dem Kreditinstitut also einen Nominalbetrag zur Verfügung, für welchen im Gegensatz zur klassischen Anleihe kein vertraglicher Rückzahlungsanspruch besteht. Das Nutzungsentgelt für die Kapitalüberlassung kann in Form von Zinszahlungen gegeben sein, auf die aber -hinsichtlich ihrer Fälligkeit- ebensowenig ein Rechtsanspruch besteht. Welche anderen Möglichkeiten existent werden können, sowie die Definition des Verlustbegriffes werden noch im Folgenden zu behandeln sein.
2. Es muß vereinbart sein, daß das Genußrechtskapital im Konkursfalle oder bei Liquidation des Instituts erst nachrangig bedient wird. Der Genußscheininhaber findet sich also in einer Art Gläubigerposition wieder, die aber eine ähnlich schwache wie die des Eigenkapitalgebers darstellt; erst nach Bedienung aller übrigen Gläubiger erhält der Genußrechtsgläubiger einen (wenn überhaupt noch vorhandenen) Anteil an der Konkursmasse.
3. Das Genußkapital muß dem Kreditinstitut für insgesamt mindestens fünf Jahre zur Verfügung gestellt worden sein und
4. auch nicht vor Ablauf von zwei Jahren fällig werden oder aufgrund des Vertrages fällig werden können. Hier zeigt sich wieder, daß der Genußschein der klassischen Form von Eigenkapital doch nicht ganz entspricht, bzw. entsprechen muß. Eigenkapital steht dem Unternehmen in der Regel nämlich unbegrenzt zur Verfügung, eine Vielzahl von Genußscheinen ist hingegen von vornherein in der Laufzeit begrenzt bzw. mit einem Kündigungsrecht sowohl des Emittenten wie auch (eher seltener) des Gläubigers ausgestattet.
5. Schließlich erläßt das Kreditwesengesetz die Auflage, daß der Vertrag über die Überlassung von Genußkapital keine sogenannten Besserungsabreden enthalten darf, durch

welche dem Gläubiger eine Wiederauffüllung seines durch Verluste geschmälerten Rückzahlungsanspruchs durch Gewinne zugesichert wird, die nach mehr als vier Jahren nach Fälligkeit dieses Rückzahlungsanspruches anfallen. Wichtig zu bemerken ist hier, daß der Genußschein also nicht nur in seiner Verzinsung bzw. dem Kapitalüberlassungsentgelt (um den an Anleihen erinnernden Begriff zu umgehen) vom Gewinn des Emittenten abhängig ist, sondern auch die Tilgungshöhe keineswegs festgeschrieben sein muß. Es ist auch nicht vonnöten, daß der Emittent insolvent wird, so daß die Rückzahlung gänzlich ausfallen müßte, sondern schon durch laufende Verluste kann diese belastet werden.

Der 6. Anforderungspunkt besagt weiterhin noch, daß die potentiellen Zeichner der Genußscheine bei Vertragsabschluß ausdrücklich und schriftlich darüber zu informieren sind, daß weder die Verlustteilnahme nachträglich zum Nachteil des Emittenten (hier: des Kreditinstituts) geändert, die nachrangige Bedienung im Liquidationsfalle beschränkt, noch Laufzeiten oder Kündigungsfristen verkürzt werden dürfen. Auch kann sich das Institut einen vorzeitigen Rückerwerb vertraglich vorbehalten.

Folgerung aus dieser Darstellung: Genußkapital ist also hinsichtlich seiner Risikobeteiligung in einer Vielzahl von Fällen dem haftenden Eigenkapital gleichzusetzen. (..)"

<http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/95299.html> (Sigi Schröder)

Details zur Prospektpflicht

Situation bezüglich Prospektpflicht für Nicht-Wertpapiere ab 1.7.2005

Entgegen der allgemein verbreiteten Meinung, alles sei prospektpflichtig, nenne ich im Folgenden die Ausnahmen von der Prospektpflicht:

Mit Abschnitt III a des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz (WVPG), mit der Überschrift „Prospektpflicht für Angebote anderer Vermögensanlagen“ wird der Geltungsbereich des WVPG auch auf Nichtwertpapiere ausgedehnt (§ 8 f Abs. 1).

Davon gibt es acht Ausnahmetatbestände:

Genossenschaften

Versicherung und Pension

Unter 20 Anteile

oder unter 100.000,-- € Verkaufspreis angeboten innerhalb von 12 Monaten

oder jeder Anteil Verkaufspreis über 200.000,-- €, bei Wertpapieren 50.000,-- €

Angebote an qualifizierte Anleger (z.B. Wertpapierhändler)

Anlagen für die schon ein Prospekt draußen ist

Angebot an begrenzten Personenkreis, Arbeitnehmer und verbundene Unternehmen

Staatliche Emittenten etc.

Verschmelzung und Übernahme

<http://www.genussrechte.org/seite/details-zur-prospektpflicht>

Grauer Kapitalmarkt: Prospektpflicht für Vermögensanlagen

Bislang waren in Deutschland nur für das öffentliche Angebot von Wertpapieren Prospekte gesetzlich vorgeschrieben. Seit dem 1. Juli 2005 besteht nun auch eine Prospektpflicht für öffentlich angebotene, aber nicht in Wertpapieren verbriefte Unternehmensbeteiligungen, Anteile an Treuhandvermögen und an sonstigen geschlossenen Fonds. Damit sind die klassischen Anlageformen des "grauen Kapitalmarkts“, z.B. Genussrechte, stille Beteiligungen, GmbH-Anteile, Fonds für Immobilien, Schiffe, Leasing und Medienprojekte

erfasst.

Mit dem Prospekt soll der Anleger die notwendigen Informationen erhalten, um die mit einem Anlageprodukt verbundenen Risiken besser beurteilen und seine Anlageentscheidung fundiert treffen zu können. Der Prospekt muss bestimmte Angaben über den Emittenten, die Prospektverantwortlichen und die Vermögensanlagen enthalten. Kein Prospekt ist u.a. erforderlich bei Kleinemissionen von bis zu 20 Anteilen sowie bei Emissionen, bei denen der Preis je Anteil mindestens 200.000 Euro beträgt.

<http://www.finanztip.de/tip/boerse/aktientipp-039.htm>

Investmentclubs

Problematische Prospektpflicht

Die Allfinanzaufsicht BaFin hat die Prospektpflicht für Investmentclubs konkretisiert. Neu ist die Einschätzung, dass grundsätzlich alle Clubs der Prospektpflicht gemäß dem Verkaufsprospektgesetz unterliegen. Ein solcher Prospekt ist sehr kostenintensiv und gerade für kleinere Clubs auch mit Blick auf den enormen Aufwand nicht zu realisieren.

Bisher ist die Prospektpflicht grundsätzlich von der Zulassung eines Investmentclubs oder der Geschäftsführung gemäß den Regelungen des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) zu unterscheiden. So fiel ein Investmentclub immer dann unter die Aufsicht der BaFin, wenn er mehr als 50 Mitglieder hat, die kumulierten Einzahlungen in den Club mehr als 500.000 Euro ausmachen oder die Geschäftsführung eine Vergütung für ihre Tätigkeit erhält.

Bei der Ausweitung der Prospektpflicht bleibt eine Ausnahme: Ein Prospekt muss nicht erstellt werden, wenn das Angebot auf maximal 20 Clubanteile beschränkt und von Anfang an geplant ist, dass innerhalb von zwölf Monaten höchstens 100.000 Euro Einlagen neu eingesammelt werden. Innerhalb dieser Grenzen soll ein besonderes Schutzbedürfnis potenzieller Anleger vorliegen, sodass von einer Prospekterstellung abgesehen werden kann. Der Passus kommt nach Einschätzung der DSW bei 99 Prozent aller Clubs zum Tragen. Sie fallen NICHT unter die Prospektpflicht. Um sich jedoch juristisch auf der sicheren Seite zu bewegen, rät die DSW, Satzungen und Gesellschaftsverträge entsprechend so zu ergänzen, dass innerhalb einer Jahresfrist lediglich 20 Anteile oder 100.000 Euro eingeworben werden sollen.

http://www.focus.de/finanzen/boerse/investmentclubs-problematische-prospektpflicht_aid_408681.html

Beteiligungskapital ohne Prospektpflicht und ohne BaFin-Genehmigung

Von [Dr-Horst-Werner](#) am 17.10.09 in Wirtschaft Inland

Beteiligungs-Angebote am Kapitalmarkt ohne Verkaufsprospekt (<http://www.finanzierung-ohne-bank.de>) zur bankenunabhängigen Unternehmensfinanzierung sind zulässig.

Öffentliche Angebote von Beteiligungen an Unternehmen unterliegen zwar seit dem 01. Juli 2005 grundsätzlich der Verkaufsprospekt-Pflicht. Entgegen der weit verbreiteten Ansicht, alle öffentlichen Beteiligungsangebote seien prospektpflichtig, bestehen jedoch die im Folgenden genannten Ausnahmen von der Prospektpflicht, so dass Unternehmen auch Beteiligungskapital ohne Prospekt und ohne BaFin-Genehmigung erhalten können:

Mit dem Abschnitt III a des Wertpapier-Verkaufsprospektgesetzes (WVPG) - mit der Überschrift „Prospektpflicht für Angebote anderer Vermögensanlagen“ - wird der Geltungsbereich des WVPG zunächst auch auf Nichtwertpapiere ausgedehnt (§ 8 f Abs. 1).

Dies sind z.B. die nicht wertpapierverbrieften stillen Beteiligungen oder KG-Fondsanteile. Davon gibt es acht Ausnahmetatbestände, soweit die gesetzliche Eingreifkriterien unterschritten werden:

1. Genossenschaften
2. Versicherungen und Pensionsvereine
- 3.(a) Maximal 20 Anteile pro Finanzinstrument oder aber (b)mehr Anteile, jedoch bei einem maximalen Beteiligungs-Gesamtbetrag bis Euro 100.000,-- innerhalb von 12 Monaten oder aber jeder (c) Anteile bei einer Mindestbeteiligung von über Euro 200.000,- und (d) bei Wertpapieren bei einer Mindestzeichnungssumme von über Euro 50.000,-
4. Angebote an qualifizierte Anleger (z.B. Wertpapierhändler) und/oder an unter 100 nicht qualifizierte Anleger (= Privatanleger)
5. Anlageangebote, für die schon ein genehmigter Verkaufs-Prospekt besteht
6. Beteiligungsangebote an einen bestimmten Personenkreis wie Arbeitnehmer einschließlich der verbundenen Unternehmen
7. Staatliche Emittenten etc.
8. Verschmelzung und Übernahme

Der Ausnahmetatbestand der Ziff. 3 (a) ist am praktischsten, zumal diese Vorschrift unabhängig von der Beteiligungshöhe bei verschiedenen Finanzinstrumenten gleichzeitig bis zu 60 Privatanleger zulässt. Damit kann ein Beteiligungsvolumen nach der Platzierungs-Wahrscheinlichkeit von bis zu Euro 2 - 3 Mio. akquiriert werden, was für viele mittelständische Unternehmen als zusätzliche Eigenkapitalfinanzierung zur Stärkung von Bonität und Rating ausreichend ist. Damit kann die Gesamtfinanzierungsfähigkeit eines Unternehmens bei ergänzender Bankfinanzierung erheblich gesteigert bzw. noch "oben gehebelt" werden.

Die **Beschaffung von Kapital und bankenunabhängiger Finanzierung** über die privaten Finanz- und Kapitalmärkte ist somit **für jedes Unternehmen in allen Größenordnungen** möglich und umsetzbar. Bei Einhaltung der genannten Ausnahmeregelung bedarf es also keiner bankaufsichtsrechtlichen bzw. kapitalmarktaufsichtsrechtlichen Genehmigung zur Kapitalbeschaffung. Erst bei größerem Kapital, wofür mehr als 20 private Investoren pro Finanzinstrument benötigt werden, muß eine von der Kapitalmarktaufsicht, der BaFin in Frankfurt / Main genehmigte Kapitalmarktemission mit einem gestatteten bzw. gebilligten Beteiligungs-Verkaufsprospekt über ein Private Placement bzw. eine Börsenemission durchgeführt werden.

Die **Dr. Werner Financial Service AG** hat diesem gesetzlichen Ausnahmetatbestand den Namen / die Marke "**Small-Capital-Finanzierung**" gegeben. Interessenten erhalten weitere kostenlose Informationen unter dr.werner@finanzierung-ohne-bank.de und dazu unsere kostenfreie Fachbroschüre "Die Small-Capital-Finanzierung ohne BaFin" - 42 Seiten mit ausführlicher Erläuterung.

<http://www.webnews.de/kommentare/523164/0/Beteiligungskapital-ohne-Prospektpflicht-und-ohne-BaFin-Genehmigung.html>

Die Prospektpflicht und das Verfahren im Überblick

Nach § 8f Abs. 1 Satz 1 Verkaufsprospektgesetz muss ab dem 1. Juli 2005 der Anbieter für im Inland öffentlich angebotene und nicht in Wertpapieren im Sinne des

Wertpapierprospektgesetzes verbrieft Anteile, die eine Beteiligung am Ergebnis eines Unternehmens gewähren, für Anteile an einem Vermögen, das der Emittent oder ein Dritter in eigenem Namen für fremde Rechnung hält oder verwaltet (Treuhandvermögen) oder für Anteile an sonstigen geschlossenen Fonds einen Verkaufsprospekt erstellen, sofern nicht bereits nach anderen Vorschriften eine Prospektpflicht besteht oder ein Prospekt nach den Vorschriften des Verkaufsprospektgesetzes veröffentlicht worden ist.

Prüfung durch die BaFin Veröffentlichung

Diese Prospektpflicht gilt auch für Namensschuldverschreibungen. Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung eines Verkaufsprospekts sind in § 8f Abs. 2 Verkaufsprospektgesetz aufgeführt.

Zu den Unternehmensanteilen im Sinne des § 8f Abs. 1 Satz 1 Verkaufsprospektgesetz gehören beispielsweise Unternehmensbeteiligungen an Personengesellschaften, GmbH-Anteile, GbR-Anteile sowie stille Beteiligungen an den genannten Gesellschaften oder an bestimmten Vermögensmassen solcher Gesellschaften sowie Beteiligungen an ausländischen Unternehmen anderer Rechtsformen. Prospektpflichtig sind somit grundsätzlich auch sämtliche angebotenen GbR-Beteiligungen, insbesondere GbR-Beteiligungen zur Finanzierung von Bürgersolaranlagen und von Aktienclubs. Nicht erfasst werden partiarische Darlehen.

Eine Übergangsregelung sieht das Verkaufsprospektgesetz nicht vor. Das heißt, dass ein öffentliches Angebot der Vermögensanlagen seit 01. Juli 2005 nur erlaubt ist, wenn die Veröffentlichung des Prospekts zuvor von der BaFin gestattet und vom Anbieter gemäß dem Verkaufsprospektgesetz veröffentlicht wurde.

http://www.bafin.de/DE/Unternehmen/AllgemeinePflichten/ProspekteVermögensanlagen/V erfahren/verfahren_node.html? nnn=true

Merkblatt - Hinweise zur Erlaubnispflicht der Betreiber und Nutzer einer internetbasierten Kreditvermittlungsplattform nach dem KWG

Bonn/Frankfurt a.M., den 14.05.2007

Verschiedene Internetportale (Kreditvermittlungsplattformen) bieten in der Bundesrepublik Deutschland die Vermittlung von Krediten privater Geldgeber an Privatpersonen oder Unternehmen mit Kapitalbedarf an. Für die reine Vermittlung von Krediten ist keine Bankerlaubnis erforderlich; eine Erlaubnispflicht kann gegebenenfalls nach § 34c Gewerbeordnung bestehen. Kreditvermittlungsplattformen stehen demnach für sich genommen grundsätzlich nicht unter der Aufsicht der BaFin. Die BaFin prüft jedoch im Einzelfall, ob die Betreiber oder die Nutzer der Kreditvermittlungsplattform mit ihrem Engagement eine bankaufsichtsrechtliche Erlaubnispflicht begründen.

Abhängig von der konkreten vertraglichen Ausgestaltung des einzelnen Geschäftsvorhabens kommt das Betreiben von Bankgeschäften sowohl durch die Nutzer der Kreditvermittlungsplattform als auch durch die Betreiber der Plattform selbst in Betracht. Als erlaubnispflichtige Bankgeschäfte können insbesondere im Hinblick auf die Plattform-Nutzer das Kreditgeschäft auf Seiten der Geldgeber und das Einlagengeschäft auf Seiten der Kreditnehmer vorliegen. Erlaubnispflichtig sind Bankgeschäfte, wenn sie gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, betrieben werden. Die Betreiber der Kreditvermittlungsplattform wären hierbei gegebenenfalls in die unerlaubt betriebenen Bankgeschäfte der Nutzer einbezogen.

1. Erlaubnispflicht der Nutzer

Die Geldgeber würden mit der Gewährung von Gelddarlehen das Kreditgeschäft im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Kreditwesengesetz (KWG) betreiben. Die Darlehensnehmer

können mit der Annahme des Darlehenskapitals ebenfalls Bankgeschäfte betreiben, und zwar durch die Annahme fremder Gelder als Einlagen oder anderer unbedingt rückzahlbarer Gelder des Publikums das Einlagengeschäft im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG. Diese Geschäfte dürfen gemäß § 32 Abs. 1 Satz 1 KWG gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, nur mit Erlaubnis der BaFin betrieben werden.

Beim Betreiben des Kreditgeschäfts wird die Grenze zum Erfordernis eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs nach ständiger Verwaltungspraxis bei 500.000,- € Gesamtkreditvolumen (bei mehr als 20 Einzeldarlehen) oder - unabhängig von dem Kreditvolumen - bei 100 Einzeldarlehen als gegeben angesehen. Beim Betreiben des Einlagengeschäfts liegt diese Grenze bei 12.500,- € Einlagenbestand (bei mehr als fünf Einzeleinlagen) oder bei 25 Einzeleinlagen. Das sind Regelfallgrenzen. Im Einzelfall kann das Erfordernis eines in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetriebs auch bei Unterschreiten dieser Grenzen vorliegen.

Auf den Umfang der Geschäfte kommt es nicht an, wenn die Geschäfte gewerbsmäßig betrieben werden sollen. Bankgeschäfte werden gewerbsmäßig betrieben, wenn der Betrieb auf eine gewisse Dauer angelegt ist und der Betreiber ihn mit der Gewinnerzielungsabsicht verfolgt. Hiervon ist bereits beim Abschluss eines einzelnen Geschäfts auszugehen, wenn die Absicht der - auch nur unregelmäßigen - Wiederholung besteht. Eine Gewinnerzielungsabsicht ist beispielsweise auch dann gegeben, wenn durch ein Geschäft höhere Zinsen bei Kreditinstituten erspart werden sollen, die wiederholte Ausreichung zurückfließender Tilgungsleistungen als neue Darlehen nach den Nutzungsbedingungen vorgesehen ist oder die Kreditvermittlungsplattform der laufenden Finanzierung kleiner oder mittelständischer Unternehmen dienen soll.

2. Erlaubnispflicht der Betreiber

Der Betreiber einer Kreditvermittlungsplattform betreibt eventuell selbst das erlaubnispflichtige Einlagengeschäft im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn er sich von potenziellen Geldgebern bereits vor Abschluss konkreter Darlehensverträge (etwa im Zeitpunkt der Anmeldung als Nutzer/Geldgeber) die Geldbeträge einzahlen lässt, die diese Nutzer gegebenenfalls über die Kreditvermittlungsplattform als Darlehen ausreichen möchten.

Unabhängig davon sind die Betreiber einer Kreditvermittlungsplattform einbezogene Unternehmen im Sinne von § 37 Abs. 1 Satz 4 KWG, wenn ein oder mehrere Darlehensnehmer/Darlehensgeber erlaubnispflichtig das Einlagen- oder das Kreditgeschäft betreiben bzw. betreiben wollen. In diesem Fall ist der Plattform-Betreiber seinerseits Adressat von Maßnahmen nach § 37 Abs. 1 Sätze 1 bis 3 KWG.

http://www.bafin.de/cln_170/nn_722552/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Service/Merkblaetter/mb_070514_kreditvermittlungsplattform.html?_nnn=true

7. Ausgangslage und Szenario

Anfang 2006 zeichnete sich eine wirtschaftliche Krise ab, die zunächst lediglich eine bestimmte Art von Bankgeschäften zu betreffen schien. Die Presse nannte bis dato nahezu unbekannten Subprime-Geschäfte als Auslöser. Eine Zeit lang konnten die schlimmsten Folgen bankenintern abgefedert werden und die Öffentlichkeit glaubte, daß es damit sein Bewenden habe. Tatsächlich erholte sich die Stimmung zwischenzeitlich relativ gut. Mittlerweile, das ist Juni 2009, sieht das ganz anders aus. Man spricht von einer großen Weltwirtschaftskrise, der größten seit den 20er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts. Seither sahen wir Großbanken von der Bildfläche verschwinden, Traditionsunternehmen meldeten reihenweise Konkurs an, ganze Volkswirtschaften geraten ins Straucheln und müssen „gestützt“ werden. Wirtschaftlich führende Nationen übertreffen sich gegenseitig mit Staatskrediten an notleidende Unternehmen. Notsummen bisher ungeahnten Ausmaßes werden diskutiert und zugesprochen. Wir hören von Aufkäufen, Darlehen, Bürgschaften oder sonstigen nicht für möglich gehaltenen Belastungen der öffentlichen Haushalte. Es geht um mehrstellige Milliardenbeträge und die Zahl der fordernden Unternehmen wächst noch ständig weiter an. Aktuell wird von über 1000 Anträgen allein in Deutschland berichtet.

IKB-Bank, Bear Stearns, Lehman-Brothers, Hypo-Real-Estate, General-Motors, Opel, Schäffler, Arcandor, sie bilden eine lange Reihe. Sofern es Volkswirtschaften sind, die hier unter die Arme greifen, stellt sich unwillkürlich die Frage, woher das Geld kommt. Denn diese Volkswirtschaften waren bekanntlich bisher schon stattlich überschuldet. Es verbürgt sich also ein Schuldenkönig für den anderen.

Es könnte ein Wunder geschehen. Wahrscheinlich wird es aber so sein, daß bloß Wechsel auf die Zukunft gezogen wurden. Bis dahin wird das benötigte Geld in Form neuer virtueller Kreisläufe erfunden oder nachgedruckt. Die Volkswirtschaften haben die Subprime-Problematiken damit kaum beseitigt, sondern lediglich unters Gewand gesetzt. Inflation oder Deflation? Währungsreform oder Revolution? In welcher Gestalt wird das Finanzgespenst weiterfressen und wieder auftauchen? Wir wissen es nicht und stecken doch mittendrin. Tatsächlich zeigt sich in der Krise die Fragwürdigkeit des gesamten volkswirtschaftlichen Unterbaus. Je nach Lager bezeichnet man ihn als kapitalistisch oder mit moderateren Begriffen. Leider sehen wir nicht nur Missetäter oder unbelehrbare Managerschurken stürzen, die trotz ohrenbetäubenden Versagens ihre von aller Vernunft abgekoppelten Vergütungen und Tantiemen einklagen. Wir sehen immer mehr prekäre Existenzen und Verzweifelte.

Es ist längst nicht mehr nur die Frage, ob die Renten sicher sind, was Norbert Blüm noch vor Jahren vollmundig zusagte. Es erscheint nunmehr lediglich eine Detailfrage zu sein, welches Gespenst uns erwischen wird (Theo Weigel dementiert lautstark aus dem Hintergrund). Ganz abgesehen von anderen Problemen, wie immer weiter ausgehöhlten Grundrechten, Klimawandel, Atomenergie, Gentechnik, undefinierbaren Krankheiten - Radikalisierung der Gesellschaften und der Abnahme ihrer Kultur- und Bildungsbereitschaft.

Man beginnt sich bang und klamm geworden, nicht nur zu fragen, ob man in ein paar Jahren noch etwas für sein Ersparnis bekommen wird (Anlageproblem)- sondern immer mehr - von was man überhaupt noch leben wird (Versorgungsproblem).

Im Versorgungsproblem sind lebensbestimmende Fragen der Versorgung mit Nahrung, Energie und Gesundheit angesiedelt. Außerdem das Vorhandensein einer finanzierbaren Behausung. Aus der schwankenden Absicherung ragen plötzlich auch grundlegende soziale Erfordernisse:

Auf welche Art werden sich die Menschen gruppieren, auf welche Art ihre Kommunikation aufrecht erhalten können? Wer wird Sicherheit und Ordnung gewährleisten?

Wir ertappen uns dabei, nicht richtig vorgesorgt zu haben. Dabei wurden wir seit Jahren von der Zahnpastawerbung und unserem Versicherungsvertreter nachhaltig geimpft. Vorsorgen

ist besser als bohren.

Wir beobachten nicht nur ein Straucheln großer Finanzsysteme, nein auch die Landwirtschaft scheint nicht unerheblich betroffen. Wir hören von sonderbaren Milchquotenproblemen, systembedingten Dumpingpreisen, Hofaufgaben. Obwohl die Ware gut ist und willige Abnehmer nach wie vor da sind. Wir hören von vielen Arbeitslosen; wir hören von Menschen, die keinen Sinn mehr im Leben sehen, obwohl es überall so viel Sinnvolles zu tun gäbe. Wir haben ein Allokationsproblem auf systemischer Ebene.

Hochtrabende Worte, die unangenehm nach Politik klingen. Denn dorthin zieht es uns mittlerweile auch nicht mehr.

Ob der Kapitalismus nun ausgedient hat oder nicht, es sollte uns nicht weiter beschäftigen.

Wir wissen es mittlerweile sowieso, Markt und Wettbewerb sind allenfalls im Lehrbuch ideale Heilsbringer, die Realität ist voller Wenn und Aber.

Ebenso ist das mit dem Kommunismus und für einen Gottesstaat fehlt es vorerst an Gläubigen.

Was ist möglich?

Wer sich umhört, entdeckt vielseitige alternative Aktivitäten. Betagte Konzepte wie „Agenda 21“ sind mittlerweile ein Begriff und führen zu engagierten Umsetzungen. Noch während die Globalisierungsglocke dröhnt, erleben wir eine Hinwendung zum Regionalen und zu den Ideen nachhaltigen Wirtschaftens.

Lokale Interessengruppen schaffen Regionalgeld, Tauschringe entstehen, Direktvermarkter schließen sich zusammen, Menschen beteiligen sich an Energiegewinnungsanlagen und verfolgen Ideen des fairen Wirtschaftens.

Wer sich umsieht, nimmt viele interessante Ansätze wahr. Das stimmt zuversichtlich und macht Lust, sich quer durch alle historischen Lager irgendwie zu beteiligen. Tatsächlich ist es auch egal, ob sich ein Anstoß auf die linke Protestbewegung zurückführen läßt oder ein sogenanntes bürgerliche Interesse. Es ist nicht so ausschlaggebend, ob die Anregung christlicher Ethik entspringt oder „bloß“ verlässliche Daseinsvorsorge in einem sozialen Miteinander beinhaltet.

Wichtig - es geschieht etwas in der richtigen Richtung.

Die hier vorgetragenen Gedanken sollen auch eine Anregung liefern, Wendewege zu erforschen. Sie sollen anregen, sich in etwas einzubringen, was die Meisten, als sinnstiftend bezeichnen.

Nämlich (wieder) regionaler zu denken und zu handeln, nachhaltig und fair zu wirtschaften und etwas gegen die Vereinzelung der Menschen zu tun.

Hier wird kein Konzept beschrieben, welches einen Anspruch auf Geschlossenheit erhebt. Es werden primär „Baustellen“ genannt, an denen es möglich ist, praktisch dabei zu sein und sogar etwas davon zu haben.

Ausblick

Es wird offenbar, Krieg ist nicht nur in Afghanistan, er findet in schleichender Form bereits hier statt. Eine Zeit lang werden wir noch Zuschauer sein und viele von uns werden nach ihrer Meinung gefragt. Absehbar ist - wenn weitere Krisen über die Länder rollen und dies von einigen Oligarchen und Plutokraten zum weiteren Machtausbau, zur Übernahme von Staaten und Gesellschaften genutzt werden wird, gibt es keine Fragen mehr und wir sind bloß bewegte Masse. Sind im Pool als Insolvenzmasse, die verkauft und verschoben wird. Und nach diesem Ausverkauf folgt die Abwicklung, es kann die der freiheitlichen Demokratie sein.

Der Ausverkauf funktioniert mit Hilfe und durch - vermachtete und monopolisierte Strukturen. Wenn sie ungehemmt weiter wirken, werden sie alles andere auffressen. Es ist ein zeitlich gestreckter Putsch der Oligarchen. Er bedeutet die Zerschlagung von Klein-, Mittel- und

abwehrschwachen Großbetrieben. Die Auflösung bzw. Kapitalisierung von Allgemeingütern bei weiterer Sozialisierung von Privatverlusten der Monopolisten. Ersatz von Arbeitsmöglichkeiten durch weitere Rationalisierung und Produktionsauslagerungen in jeweils aktuelle Dumpinggebiete. Zerschlagung regionaler Vernetzungen und Vielfältigkeiten überhaupt zugunsten einer anwachsenden Abhängigkeit von sogenannten Märkten, die zunehmend aus Diktaten weniger bestehen. Hilflosigkeit der Politik, die gegen diese vermachteten Strukturen nicht mehr ankommen wird. Sofern sie dies überhaupt möchte und nicht als naiver oder gefährlicher Handlanger der Lobbies fungiert. Freiheit kann in solchen Szenarien nicht mehr gewährleistet werden. Sie ist zum Hemmschuh der Expansionen geworden.

Dagegen muß gehandelt werden. Eine Gegenbewegung kann nur von noch existierenden vielfältigen, unvermachten – halbwegs offenen Strukturen ausgehen. Das bedeutet, daß diese aktiv werden und unterstützt werden müssen, solange sie noch vorhanden sind bzw. handeln können.

Das heißt, es muß im Gegenkonzept eine Vernetzung der Vielfältigen stattfinden.

Dabei müssen die bisherigen Lohnempfänger oder sonst abhängig Versorgten ihren Widerwillen bei der Beteiligung an Produktionsmitteln überwinden. Das kann jedoch auch mit abgeschichtetem Risiko und in flexiblen Formen geschehen. Diese Initiative hier ist ein Beispiel dafür.

Richtig vermutet, sie ist gleichzeitig auch der Kristallisationspunkt für eine gesellschaftliche Neuausrichtung. Verunsichert Sie das?

Armut und um sich greifende Menschenfeindlichkeit verunsichern weit mehr, sie zerstören die Grundlagen der Gesellschaft. Starten Sie die Stabilisierung in ihrer Nähe und sorgen Sie passend vor.

Die Bürger stellen die Systemfrage. Oder um ergänzend mit [Thomas Assheuer](#) zu sprechen:

(Aufsatzausschnitt - DIE ZEIT, 27.03.2008 Nr. 14;

<http://www.zeit.de/2008/14/Vertrauenskrise-Kapitalismus>)

„(..) An die Selbstheilungskräfte des Marktes glauben die in Bochum entlassenen Mitarbeiter der Elektrofirma Nokia wohl ebenso wenig wie jene Angestellten, die von Henkel, Siemens, Continental oder BMW trotz satter Gewinne »abgebaut« werden. Immer länger wird die Liste von Unternehmen, die das kapitalistische Urversprechen – »Rendite schafft Arbeitsplätze« – nicht mehr einlösen wollen. Oder, aus ihrer Sicht, unter dem Druck der Globalisierung gar nicht mehr einlösen können.

Diese Entwicklung ist neu. Bislang galt das goldene Motto, wachsende Gewinne produzierten eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen und nach der kurzen Nacht der Stagnation folge der strahlende Morgen des Aufschwungs. Nichts anderes haben rot-grüne Agenda-Politiker und ihre Unternehmensberater dem Wahlvolk ins Ohr posaunt. Man müsse nur den Gürtel enger schnallen und Profite wieder wachsen lassen, dann werde man reich belohnt.

Tatsächlich wächst heute beides gleichzeitig, sowohl die Rendite wie auch die Unterschicht. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegt, dass auch die bislang stabile Mittelschicht in atemberaubendem Tempo in einer Richtung wegbricht: nach unten. Die bürgerliche Mitte, bislang der ökonomisch und politisch zuverlässigste Stützpfeiler der Republik, wankt, und selbst der Spiegel, dem es mit der rot-grünen »Steuerversenkungspolitik« (Franz Walter) gar nicht schnell genug gehen konnte, ist von der »Abwärtsmobilität« alarmiert: »Millionen rutschen ab.«

Bekanntlich beschwerten sich konservative wie neuliberale Intellektuelle gern darüber, das

linke Gift von Gleichheit und Gerechtigkeit lähme kreative Energien und werfe Deutschland im Standort-Roulette auf hintere Plätze zurück. Das war schon immer ein Gerücht, nun ist es eine Falschmeldung. In Wirklichkeit wird die soziale Bruchlinie tiefer und die »Armut im Überfluss« größer. Jeden kann es treffen. Die Schere zwischen denen, die »drinnen«, und denen, die »draußen« sind, geht zuverlässig auseinander. Die Nettolöhne sanken in den vergangenen drei Jahren um 3,5 Prozent, während die Unternehmensgewinne in der jüngsten Aufschwungphase um 25 Prozent anzogen. Allein im vergangenen Jahr stiegen die Gehälter der Topmanager um durchschnittlich 20 Prozent. All das lässt den Eindruck entstehen, in Deutschland laufe etwas dramatisch aus dem Ruder: Eine wachsende Klasse von Selbstbereicherern kommt in den Genuss flächendeckender Steuersenkungen und bildet eine risikoarme Parallelgesellschaft mit eigenen Kindergärten, eigenen Schulen und eigenen Universitäten. »Ganz unten« dagegen, bei den Chancenlosen, klingelt der Vollzugsbeamte und schnüffelt an der Matratze, ob der Hartz-IV-Empfänger eine rechtlich anstößige Bedarfsgemeinschaft mit einer staatsfinanzierten Leidensgenossin unterhält.

Mit einem Wort: Wir werden Zeugen davon, wie die prophetische Verheißung des Kapitalismus auskühlt und ihre Strahlkraft verliert. Die säkulare Utopie des Marktes (»Wohlstand für alle«) zerfällt ebenso wie die Schulbuch-Weisheit, Märkte seien per se effizient und gerecht. Laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung glauben nur 15 Prozent der Bürger, es ginge in der Bundesrepublik gerecht zu – so wenige waren es noch nie. (..) “

Die

Das alternative Versorgungskonzept

Das hier weiter ausgeführte „Konzept“ konzentriert sich auf die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Es ist vom Ansatz her jedoch weiter und kann in verschiedene Richtungen gedacht werden.

Die zusammengetragenen Gestaltungsmöglichkeiten sind in der Menschheitsgeschichte weder unbekannt, noch sind sie besonders kompliziert umzusetzen. Tatsächlich werden sie von Lebensgemeinschaften, ethisch orientierten Gruppierungen und einigen kreativ vermarktenden Landwirten nicht erst seit gestern gelebt und praktiziert (eine Quellenauswahl wurde vom Autor zusammengestellt und befindet sich in einer gesonderten Darstellung). Das hier verfolgte Interesse besteht darin, den sich zunehmend in die Handlungsunfähigkeit gedrängten kleinen bis mittleren Nahrungsmittelproduzenten einen regionalen „Absatzmarkt“ zu erhalten bzw. weiter zu erschließen.

Auf der anderen Seite: die Verbraucher mehr an regionale Anbieter zu binden. Im Idealfall, beide Seiten zu Interessengemeinschaften zu verknüpfen.

Das kann zwanglos geschehen, wenn beide Seiten damit besondere Vorteile bewirken können.

Der Hauptvorteil für einen „Verbraucher“ kann darin liegen, seine Versorgung durch eine Art Liefervertrag zu sichern und dabei möglichst nicht (oder optional wenig) von dessen währungsgebundener Zahlungsfähigkeit abzuhängen. Ein aktuelles Handlungsbedürfnis besteht dabei durch Finanzkrisen aktueller und vermutbar zukünftiger Art.

Der Hauptvorteil für einen Produzenten kann darin liegen, seine Abnehmer sicher zu haben und sich deren wirtschaftlicher Unterstützung versichert zu wissen.

Nicht zu unterschätzen ist auch das Handlungsbedürfnis in einigen Produktionsbereichen wie der Milchwirtschaft. Hier kann es notwendig sein, bzw. bietet sich förmlich an, Kontakt zu anderen Abnehmern zu suchen. Oder wo möglich, die Bewirtschaftungsweise mit Hilfe gefundener Kundenhilfe umzustellen.

Warum besonders?

- um Daseinsvorsorge und Versorgung zu schaffen, die nicht von Geld oder funktionierenden globalen Märkten abhängt und idealerweise regional und auf kurzen Wegen stattfindet.
- um vorhandenes Vermögen zu sichern, durch Auslagerung in wertbeständigere Strukturen.
- den Zusammenhalt in der Region und die zukünftige Eignung der Region als Überlebenszelle zu fördern.
- Natur und landwirtschaftliche Strukturen zu erhalten, ausbauen zu helfen - und mitzuwirken an einer für alle gesicherten gesellschaftlichen Land- und Versorgungsstruktur, die dem Zugriff von zerstörerisch wirkenden Konzernen und Heuschrecken möglichst entzogen ist.
- eine Bewegung anzustoßen, die von unten her und in vielfältig verteilter Wirkung langfristig und nachhaltig das Erhalten und Sichern könnte, woran schon kaum noch jemand glaubt – demokratische und freiheitlich verbundene Gesellschaftsstrukturen mit einem Mindestanspruch an Menschenwürde bzw. fairer Behandlung der Menschen und ihrer Arbeit und Ansprüche.
- Um gesellschaftlichen Auflösungstendenzen und einer vielschichtigen Einkreisung durch Konzerne entgegen zu wirken, die auch vor der Inbesitznahme des Menschen selbst schon jetzt nicht mehr zurückschrecken. Das lebensnotwendige Minimum ist in Gefahr - Wasser, Sonne, Luft, Boden, leider auch Freiheit der Seele und körperliche Unversehrtheit
- Weitere Zitate direkt aus Webseiten:
 Aus: <http://kleinsthof.de/DeepThought/DerKleinsthof.phpWarum?>
 Nur wenige Stichpunkte, die den Sinn eines Kleinsthofes oder Gärtnerhofes darstellen: Unabhängigkeit durch Eigenversorgung
 Unabhängigkeit von der Wirtschaftslage (Arbeitslosenproblematik; Luftblasen; unnützige Produkte)
 Unabhängigkeit durch Minimierung der Nebenkosten
 Hohe Qualität der Nahrungsmittel - bei niedrigen Kosten
 weniger "normale" Arbeit - mehr Mühe für die Natur
- <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44437533.html>
 (ein Beitrag über Lebens)
 Wenn man Millionen Deutschen ein "Rittergut im Kleinformat" gibt, würde man
 * politisch fluktuierende, zum Radikalismus neigende Massen auf eigener Kleinscholle sesshaft machen,
 * die bedenkliche Menschen-Massierung in den Großstädten wesentlich auflockern und vielen Industriezweigen neue, soziologisch gesündere Standorte weisen,
 * der wieder kräftig einsetzenden Landflucht (täglich verlassen 1000 Menschen die deutschen Dörfer) steuern,
 * durch Schaffung von Teilselbstversorgerstellen die Arbeiterschaft bei Arbeitslosigkeit krisenfester machen (sie könnte dann auch Perioden des Lohndrucks besser widerstehen),
 * das Flüchtlingsproblem dadurch einer Lösung näher bringen, daß Hunderttausende sozial Deklassierter auch ohne Armengeld ein normales Leben führen könnten.

Angaben zur Mindestflächen u.ä.

In Hitschfeld, Der Kleinsthof, S. 24 (nach „Dr. Feist“);

In Holzer, Permakultur, ist auch irgendwo eine Angabe;
Ev. Auch in Masanobu Fukuoka, Der Große Weg hat kein Tor;
<http://www.baerbelmohrblog.de/oeko/20091005/quadratmetergaerten-und-mehr.html>
□.Allerdings hat nicht jeder einen Garten, schon gar nicht in der ben□igten Gr□e. F□ vollst
□dige Selbstversorgung □er das ganze Jahr (f□ zwei Erwachsene) br□chte man nach John
Seymore Das gro□e Buch vom Leben auf dem Lande □ca. 1000 bis 1500 qm. Die Fl□he f□
eigenes Getreide zum Brotbacken und Nudeln machen ist mit eingerechnet. □
Siehe Stichwort in Hyperfolio

Koopadressen:

Christian Skiba, Dipl. Ing. (FH) für Landschaftsnutzung und Naturschutz
Landshuter Str. 7 a, D-84106 Volkenschwand
<http://www.cityfarmer.de/>

Dirk Rohde, Ludwigstraße 1, 18055 Rostock
<http://www.allaboutdirk.de/>

Siehe zur Verteilung und Netzwerkgründung auch eingangs.
Auslage in Bioläden, Demeter, Kirche? (bzw. deren Orga), Antroposophen o.ä.
aufgeschlossene Gruppierungen, Anzeigen in Neuer Szene, Schrott&Korn, StadtZ, etc.

10. Einige wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten für „Kooperative Selbstversorgung“ KS

(Alternatives Versorgungskonzept)

O Konzeptfertigkeit und Minimalprospekt

A Anbahnungen

a) Interessentenpool

(Einschlägig wären Adressen von Tauschringen, Regionalgeldbewegungen als Netzwerkeinstieg, sonstige Verbrauchernetzwerke, Internetanzeigenmärkte und natürlich die üblichen Zeitungen).

b) Anbieterpool

(Einschlägig wären Adressen von Erzeugergemeinschaften, bestehende Absatzgemeinschaften, Hofläden, Direktverkaufsadressen, Märkte, ev. Auch direkte Vorstellungen am Hof, Internetanzeigenmärkte, Zeitungen)
Für A a)b) muß O fertig sein.

c) Finanzmittelpool

A c) ist eine Möglichkeit, in einer Anlaufphase bereits Geld zu sammeln. Kommt es nicht zur Umsetzung, kann das Geld wieder ausbezahlt werden (Vertragsregelung).
Beispiel: Aktion „Energie in Bürgerhand“ für die Beteiligung an der Thüga.
Treuhandkonten eines Rechtsanwalts, Zinsregelung, Vorabeinlage mit Zusatzeinlage bei Umsetzung, Einverständniserklärung. Umarbeitung in Genossenschaftsanteile (vgl. für mehr: Datei EiB_Vertrag.pdf). Der Finanzmittelpool ist je nach Absprache auch ohne Festlegung auf eine weitere Transaktionsform oder Objekte möglich.

B Gestreckte Käufe

Gemeinschaftsbildung ist nicht nötig, aber möglich. Der Anbieter (Landwirt o.a.) nimmt Gegenleistungen wie Geld o.a. vorab entgegen und verkauft damit – verpflichtet sich, in einem definierten Zeitraum eine Menge bestimmter oder bestimmbarer Waren (zB Lebensmittel) zurückzugeben.

Varianten könnten sein: Auswahl im Hofladen, direkte Bereitstellung aus der Produktion, „Selberernten“.

Vorteil: Kein Kreditgeschäft. Gewisse Ausklinkungsmöglichkeit aus Geldverfall durch Sachinvest.

C Einzeldarlehen / Gruppendarlehen/ Genußkapital

Gemeinschaftsbildung ist nicht nötig, aber hier wohl effektiver. Der Anbieter (Landwirt o.a.) nimmt Finanzmittel wie Geld o.a. vorab entgegen und verpflichtet sich, in einem definierten Zeitraum eine Menge bestimmter oder bestimmbarer Waren (zB Lebensmittel) als Zins auszugeben. Alternativ können Geldzinsen vereinbart werden. Die Rückgabe kann in Waren oder Geld vereinbart werden.

Vorteil: Prinzipiell mittel- bis längerfristige Ausklinkungsmöglichkeit aus Geldverfall durch Sachinvest bei Alternativvorbehalt.

Nachteil: Nach BaFin ist aktuell offenbar immer Rangrücktritt und Verlustbeteiligung notwendig. Mögliche Investments erhalten damit einen Mitunternehmercharakter, was nicht immer attraktiv ist. Reine Privat-Darlehen unterstehen zwar nicht diesen Anforderungen, sie dürften aber kaum durch das Prüfungsschema der BaFin rutschen, welches für alle

gewerblichen Darlehen ein Bankgeschäft annimmt. Die Gewerblichkeit ist als Begriff kaum in den Griff zu bekommen, bzw. liegt je nach Auffassung schon beim ersten Geschäft vor. Orientierung bieten allenfalls Gerichtsurteile (z.B. Ag Frankfurt [*noch einsetzen*]).

Beispiele der Praxis finden sich unter dem Schlagwort „CSA“ meist in derartigen Konzepten wieder (siehe auch Beispiele unten 2.). Idealform ist der vom Landwirt ähnlich wie bisher betriebene Hof, für den nunmehr aber eine organisierte Zahl von Kunden (Abnehmern, Gemeinschaftsmitgliedern) den alleinigen (Varianten gibt es) Kundenstamm bildet („passive Landwirte“).

Die Finanzierung derartiger Formen ist unterschiedlich:

Regelmäßige Zeitzuwendungen der Kooperierten nach Stichtagsbesprechungen zum Wirtschafts- und Bedarfsplan // Einmaliger Einkauf der Gemeinschaft in einen Hof (Landwirt bleibt selbstverantwortlich aber wird Partner, Landwirt wird Pächter, Landwirt wird Angestellter, u.a.) // Kooperation kauft sich ein geeignetes Objekt und setzt einen Betreiber ein (bzw. trifft gewünschte Unterscheidungen in aktive und passive Landwirte). Wirtschaftsorganisation bleibt natürlich immer nötig.

D Mitunternehmerschaft/ Beteiligung

Hier folgen alle anderen Möglichkeiten, sich einzeln oder gemeinsam in ein Unternehmen einzubringen und als Teilhaber zu partizipieren (stille Gesellschaft, Personengesellschaft, GmbH, etc.). Ebenso ist es denkbar eine Genossenschaftsform zu wählen, die als Beteiligungsgenossenschaft auftritt oder den Hof insgesamt betreibt.

E Objektkauf - Objektgründung

Hierzu wird ein vorheriges Finanzpooling nötig sein. Die Kooperation muß dann ein geeignetes Objekt finden, in dem sie ihre Vorstellungen initial unterbringen wird. Sie kann und muß auch entscheiden, ob sie alles selbst verwirklicht oder ob sie passiv bleibt und für die aktive Bewirtschaftung Hilfskräfte anheuert, eine Betreiberstruktur ins Leben ruft, etc. Variationen bestehen in gemeinschaftlichem Arbeiten, gemeinschaftlichem Wohnen, u.ä. , aber auch in rein passiver oder externer Teilhaberschaft.

F Variationen

Gerade bei der Abstufung aktiv/ passiv sowie für die gesamte Organisationsabschichtung sind vielfältige Kooperations- und Strukturbildungen und möglich. Lebensgemeinschaft – Betreibergemeinschaft – Finanzgemeinschaft – Verbrauchergemeinschaft – inklusive passender rechtlicher Kooperationsformen wie Verein, Genossenschaft, loser Verbund, AG, etc.

Auch für die eigentliche Anbieterseite (Waren, DL) und die der Verbraucher (Waren, Fruchtziehungsrechte, u.ä.) sind Flexibilisierungen möglich (Einklinken bei Tauschbörsen, Transferierbarkeit der Positionen durch Interngeld).

Grundsätzlich wurden auch nur wesentliche Formen genannt, insgesamt sind je nach praktischem Kontext, eine Menge Variationen möglich.

G Anknüpfungsmöglichkeiten/ Einzelinteressen

Einzelinteressen können darin bestehen, Arbeitskraft oder tauschgeeignete Vermögenspositionen z.B. gegen Lebensmittel einzuwechseln. Auch ein Gemeinschaftspool kann entsprechendes Interesse haben, ebenso bestehende Strukturen von Hofläden, Direktvermarktern o.ä. Wenn man dafür nicht eigens eine Tauschbörse gründen will, bietet es sich an, etablierte Tauschringe konzeptuell mit einzubinden.

Die Einbindung von Regionalgeld erscheint interessant, wird aber nach Ansicht des Verfassers keinen besonderen Stellenwert haben, weil die geschilderten Kontexte bereits regional ausgerichtet sind und sich auf die Substitution von Geld hin geeignet optimieren lassen.

H

Es wird explizit angestrebt und vorgeschlagen, eine im Nahrungsbereich mögliche bzw. funktionierende Vernetzungsgestaltung auch auf andere Bereiche auszudehnen. In erster Linie kommen Solarenergieanlagen in Betracht, aber auch der Bereich Wasser, Holz, sowie wichtige Dienstleistungen.

11. Arbeitsgemeinschaft für ein Netzwerk „Urproduktion und Daseinsvorsorge“

[Arbeitstitel - oder „Land und Leben“ o.ä. etc.)

Der Fragebogen soll herausfinden, ob es genug Interessenten gibt, um einzelne Projekte anzugehen. Wenn ausreichend Antworten zusammen kommen, können mögliche Partner zusammengeführt werden oder diese ein gemeinsames Projekt aufbauen.

Die Aktion soll sich vorab auf Versorgung mit Lebensmitteln beschränken. Übergreifendes Interesse bitte in den Anmerkungen unterbringen. Die Initiative steht auch weitere Formen des Zusammenwirkens.

Bitte das Interesse eintragen. Moderat = 1; Gut = 2; Groß = 3

Projekt	Verbraucher	Produzent
B Gestreckte Käufe		
Der Verbraucher zahlt dem Produzenten eine ausgemachte Summe. Damit kauft er einen bestimmten oder bestimmbaren Warenkorb. Dieser kann über eine passende Zeit hinweg abgerufen werden.		
C Darlehen		
Der Verbraucher überläßt eine Investitionssumme. Dafür erhält er wählbar Geldzins oder einen in Form von Waren. Das Darlehen kann nach bestimmter Zeit wider gekündigt/ abgerufen werden. Rückzahlung wahlweise in Geld oder vordefiniertem Warenwert.		
D Beteiligungsformen		
Der Verbraucher beteiligt sich mit einer Investitionssumme am Betrieb oder Land des Produzenten. Dafür erhält er wählbar Geldzins, einen in Form von Waren oder eine direkte Gewinnbeteiligung. Die Verbindung ist hier enger wie unter C, was Vorteile haben kann, z.B. Mitspracherechte.		
E Objektkauf, Objektgründung		
Verbraucher schließen sich allein oder mit Produzenten zu Produktionsgemeinschaften zusammen. Dafür kommen vorhandene oder neue Objekte in Frage.		
F Variationen		
Anbindungsmöglichkeiten an Tauschringe, Regionalgeld, u.ä.		

Die Projekte sind gemeinnützig oder wirtschaftlich orientiert, je nach Interesse der Partner.

Den Initiatoren (siehe unten) ist daran gelegen, möglichst viele Ideen und Projekte anzustoßen, und eine sich fortpflanzende Ausgangslage zu schaffen.
Sie verfolgen damit primär keine eigenen wirtschaftlichen Interessen.
An entstehenden Projekten können sie aber, wie jeder andere auch, teilnehmen.
Überlassene Personendaten werden vertraulich behandelt und lediglich zum angegebenen Zweck verwendet. Insbesondere findet keinerlei Transfer für sonstige Werbezwecke statt.
Der genannte Rechtsanwalt dient im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft als Datenschutzbeauftragter und sorgt für die Einhaltung der genannten Standards.
Sofern Sie eine Adresse für schriftliche Kommunikation angegeben haben, ist eine Benachrichtigung ab einem gewissen Zeitlauf vorgesehen (Rückmeldung zum Stand der Dinge). Wenn zu viele Rückmeldungen eintreffen, wird die weitere Dokumentation wohl auf der angegebenen Website stattfinden.

Bei ausreichendem Interesse soll die Website die zustandegekommenen Projekte präsentieren und über deren weiteren Verlauf informieren. Ebenso als Anlaufstelle für weitere Personen dienen.

Ansprechpartner:

Website:

Bitte schicken Sie den Fragebogen an die oben angegebene Adresse zurück. Wenn Sie ihn von einem Produzenten haben geht es ersatzweise auch dort.

Meine Adresse:

(bitte mindestens Nachname und E-Mailadresse)

Abschlußstand: 23.02.2010

Anmerkung (vom 27.08.2011):

Oben stehender Fragebogen ist Teil eines aktuell nicht aktiven Konzepts.
Er kann natürlich trotzdem als Modell dienen.
